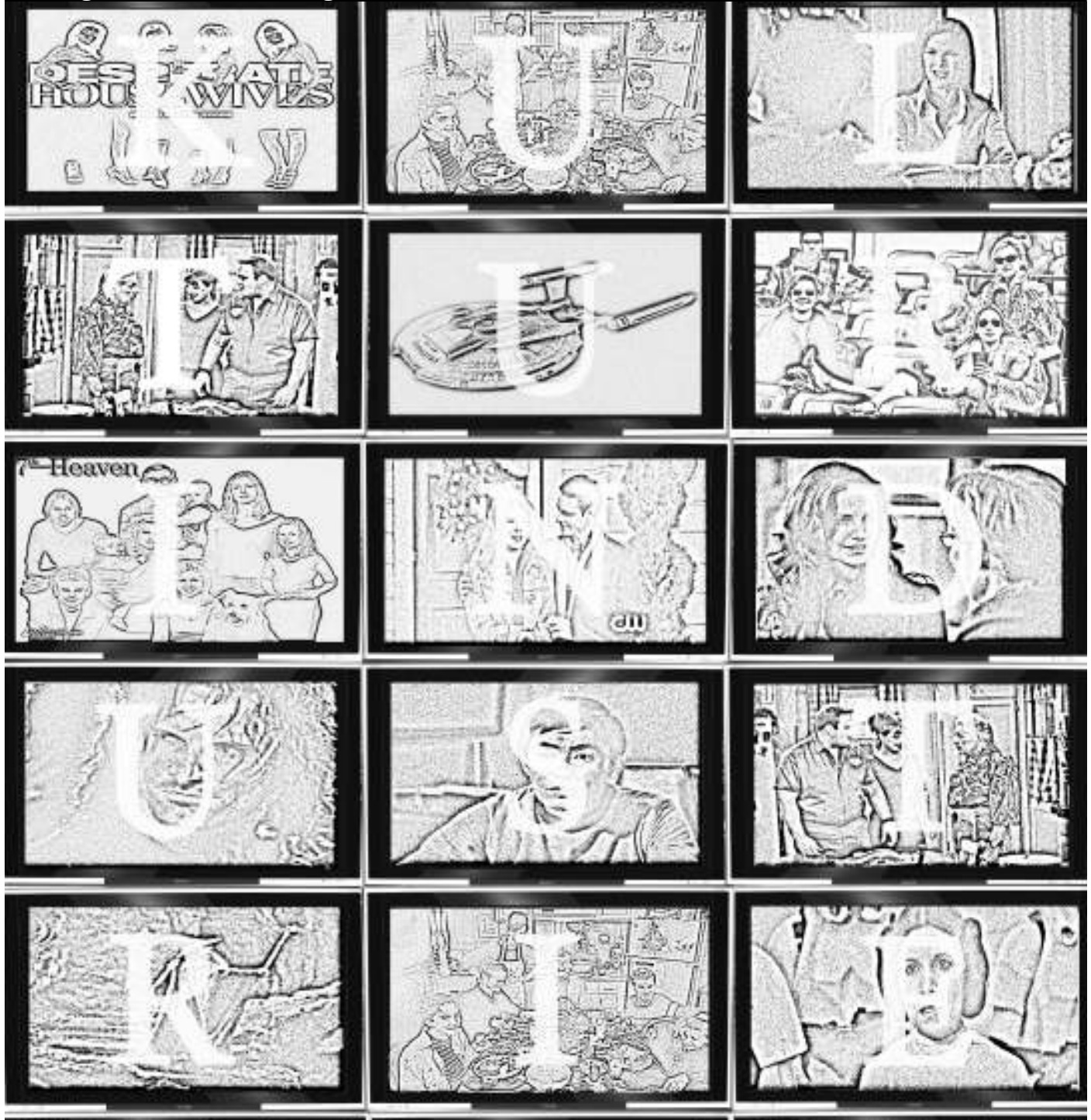


HERRSCHAFTSZEITEN

Zeitung der Studienvertretung Politikwissenschaft

Sommersemester 2008



Inhalt dieser dieser Ausgabe: Never Ending Story? – Politikwissenschaftliches BA- und MA-Studium +++ Bericht zur HörerInnenversammlung vom 20.3. +++ Interview mit dem Studienprogrammleiter Univ.-Doz. Dr. Johann Dvořák +++ ÖH-Wahlen +++ Von LeistungsträgerInnen und Elfenbeintürmen – Kritische Überlegungen zur Reform der Universität +++ Pilotprojekt – „Buddy“ für ausländische Studierende +++ Gendermainstreaming im Deutschnationalismus – Zur Frage, ob auf der Uni künftig auch Burschenschafter mit Binnen-I geschrieben werden sollte? +++ Zur Gleichberechtigung der Frauen – Das Ende des Patriarchats? +++ Staatsfeminismus oder Feminismus gegen den Staat? +++ Die bolivarianische „Revolution“ in Venezuela und ihre Nebenwidersprüche +++ Was Sie schon immer über Kulturindustrie wissen wollten aber nie zu fragen wagten – Oder zumindest einiges davon +++ Und führe uns nicht in Versuchung... Zum Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft im Vorabendprogramm +++ 8. Mai – Ein Fest der Befreiung +++ Kulturindustrie: Veranstaltungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft +++

Editorial

In diesem Semester kommen die *Herrschaftszeiten* nicht wie üblich zu Semesterbeginn heraus, da wir auf endgültige Entscheidungen zur BA-Einführung gewartet haben, doch dies ist eine *Never ending story*, was wir auch bei der *HörerInnenversammlung am 20.3.* und neben anderen Dingen im *Interview mit dem Studienprogrammleiter Johann Dvořák* thematisiert haben. Angesichts der bevorstehenden *ÖH-Wahlen* dürfen in dieser Nummer auch *kritische Überle-*

gungen zur Reform der Universität nicht fehlen, während sich der *Geschlechterverhältnis-Schwerpunkt* theoretischen, deutschnationalen und bolivarianischen Fragen widmet. Passend zu unserer diessemestrigen Veranstaltungsreihe: „Kulturindustrie“ geben wir auch eine kleine *Einführung* zum Thema und *Beispiele aus dem Vorabendprogramm*. Ein besonderes Anliegen ist es uns schließlich, einerseits das *Befreiungsfest* zur Niederlage des NS am 8. Mai anzukündigen

und Euch unser *Pilotprojekt: „Buddy“ für ausländische Studierende* vorzustellen. Wie immer bitten wir last, but not least um Infos aus allen Bereichen, in denen wir etwas für Euch tun können und laden Euch herzlich ein, am Plenum oder beim Powi-Frühstück vorbeizuschauen.

Eure Studienvertretung
Politikwissenschaft

Powi-Frühstück!

Jeden zweiten Mittwoch im Monat (immer in den geraden Kalenderwochen) findet von 11 bis 14 Uhr ein Powi-Frühstück mit Kaffee, Tee, Kuchen etc. im KOZ statt. Kommende Termine: 18.4., 2.5., 17.5., 31.5., 13.6. Ihr findet die aktuellen Termine immer auch auf unserer Homepage. Schaut vorbei!



Inhalt

Never Ending Story? – Politikwissenschaftliches BA- und MA-Studium.....	3
Bericht zur HörerInnenversammlung vom 20.3.	5
Interview mit dem Studienprogrammleiter Univ-Doz. Dr. Johann Dvořák	5
Von LeistungsträgerInnen und Elfenbeintürmen – Kritische Überlegungen zur Reform der Universität	8
Pilotprojekt – „Buddy“ für ausländische Studierende.....	9
Gendermainstreaming im Deutschnationalismus – Zur Frage, ob auf der Uni künftig auch Burschenschafter mit Binnen-I geschrieben werden sollte?	10
Zur Gleichberechtigung der Frauen – Das Ende des Patriarchats?	11
ÖH-Wahlen	12
Staatsfeminismus oder Feminismus gegen den Staat?	
Die bolivarianische „Revolution“ in Venezuela und ihre Nebenwidersprüche	13
Was Sie schon immer über Kulturindustrie wissen wollten aber nie zu fragen wagten – Oder zumindest einiges davon.....	15
Und führe uns nicht in Versuchung...	
Zum Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft im Vorabendprogramm.....	16
8. Mai – Ein Fest der Befreiung	17
Kulturindustrie: Veranstaltungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft	18

Beratung:

Montag 16-19 h, Mittwoch 11-14 h
im Kommunikationszentrum der StV (KOZ)
am Institut, Zimmer 221

Offenes Plenum:

Montags ab 19.30 im KOZ

Kontakt:

Mail: stvpowi@oeh.univie.ac.at
Tel: +431 4277/47709 (zu den Beratungszeiten)
Web: www.univie.ac.at/politikwissenschaft/stv

Impressum: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien
Spitalgasse 2, Hof I, 1090 Wien
Studienvertretung Politikwissenschaft
Universitätsstraße 7/2, Stock, Zi. A221, 1010 Wien



Never Ending Story?

Politikwissenschaftliches Bachelor- und Masterstudium

Dass auch das Studium der Politikwissenschaft von der österreich- bzw. europaweiten Umstellung auf eine BA-MA-Struktur betroffen sein wird, dürfte sich mittlerweile nicht zuletzt aufgrund der Artikel in den letzten Ausgaben der *Herrschaftszeiten* schon allgemein herumgesprochen haben.

In dieser Ausgabe wollten wir eigentlich den endgültigen neuen Studienplan in all seinen Facetten vorstellen. Aufgrund der Politik des Rektorats sowie der damit verbunden offenen Fragen ist dies leider noch nicht möglich. Alles, was in diesem Artikel daher über die Struktur des zukünftigen Studienplans geschrieben wird, ist daher mit Vorsicht zu genießen und kann nicht als fix und beschlossen gelten.

Die Vorbedingungen

Zuerst soll jedoch noch ein wenig auf die Rolle des Rektorats eingegangen werden, sowie auf Entwicklungen innerhalb der Curriculararbeitsgruppe (CC-AG) der Politikwissenschaft, die den Entwurf ausgearbeitet hat. Die Kombination von Verzögerung und gleichzeitigem Termindruck durch die Führung der Universität erschwerte die Arbeit der CC-AG nachhaltig und führte dazu, dass dieser Entwurf unter großem Druck ausgearbeitet werden musste. Zusätzlich forderte das Rektorat einen „kostenneutralen“ Studienplan, d.h. dass er nicht mehr kosten dürfe als der bisherige. Jedem vernünftigen Menschen muss hier einleuchten, dass ein Studienplan, der sich über insgesamt fünf Jahre Mindeststudiedauer (BA und MA) zieht, per se mehr Ressourcen erfordert als ein Studienplan für vier Jahre – von den aktuellen manifesten Ressourcenproblemen ganz zu schweigen. Doch dies scheint entweder nicht bis in die höchsten Sphären der Universität vorgedrungen, oder – was angesichts der derzeitigen Bildungspolitik sehr wahrscheinlicher scheint – es wird bewusst in Kauf genommen, dass zwischen dem BA- und dem MA-Studium die Mittel sehr unterschiedlich aufgeteilt werden, d.h. neben dem von billigen Massenvorlesungen geprägten BA-Studienplanes, der MA als tendenzieller Elitenstudiengang bei gleichzeitig eingeführten Auswahlmechanismen stark gefördert wird. Die StudierendenvertreterInnen in der CC-AG haben daher, wohlweisend, dass dies nur ein Teil des Wi-

derstandes gegen die Umstrukturierung der Universität in Richtung Eliteuniversität sein kann, auf diese Gefahren hingewiesen, was auch in einem Brief der gesamten CC-AG an den Senat und das Rektorat deponiert wurde.

Neben der Politik der Universität Wien wurden wir in der CC-AG immer wieder mit Querschüssen von außen (von Nichtmitgliedern) konfrontiert, wodurch versucht wurde, schon beschlossene Punkte wieder aufzumachen. Beispielgebend dafür ist das Faktum, dass in einer für alle Institutsmitglieder offenen, mehrstündigen Sitzung der Studienkonferenz im Winter 2006 zwar neun Schwerpunkte in Forschung und Lehre beschlossen wurden, diese neun Schwerpunkte jedoch in einer informellen Sitzung der internen Lehrenden ohne Einladung der StudierendenvertreterInnen auf acht reduziert und teils umformuliert wurden. Dieser eigentlich nicht legitimierte Vorschlag wurde in den Entwurf der neuen Studienpläne gegen die Stimmen der Studierenden übernommen. Doch nun zu den neuen, noch nicht beschlossenen Studienplänen.

ECTS-Punkte – Das allgemeine Äquivalent europäischer Studienarchitektur

Ist beim alten Studienplan noch die Semesterstundenanzahl das „Maß“ der Lehrveranstaltungen, so werden dies bei den neuen die ECTS-Punkte (European-Credit-Transfer-System) sein. Diese ECTS-Punkte sollen den durch-

schnittlich notwendigen Aufwand der Studierenden für eine Lehrveranstaltung „messen“¹. Ein ECTS-Punkt wird in 25 Stunden Arbeitsaufwand umgerechnet. Vorlesungen mit Prüfungen werden mit diesem Modell 3 ECTS-Punkte, Proseminaren 6 und Seminaren 8 ECTS-Punkte zugeschrieben. Der BA-Studiengang wird insgesamt 180 ECTS-Punkte umfassen, wobei 60 davon auch mit Modulen aus anderen Studienrichtungen aufgefüllt werden können. Das MA-Studium wird 120 ECTS-Punkte umfassen.

Der politikwissenschaftliche BA

Am Beginn des BA-Studium steht die sogenannte Studieneingangsphase (STEP) mit 30 ECTS-Punkten, die das ganze erste Semester ausfüllen wird. Hier wurde von der Studienprogrammleitung in Zusammenarbeit mit der Studienvertretung ein Konzept ausgearbeitet, das neben der obligaten *Orientierungsveranstaltung* und der VO *Historische Grundlagen der Politikwissenschaft* vor allem aus einem Tutorial-Konzept besteht, in dem die Studierenden in kleinen Gruppen, von *teaching instructors* betreut, einerseits politikwissenschaftliches Arbeiten lernen. Andererseits sollen in der Beschäftigung mit grundlegenden (kritischen) Texten der Politikwissenschaft wichtige Begriffe und Aspekte vermittelt werden. Dieses *Group-Tutorial* sollte ergänzt werden durch eine begleitete Selbststudienphase.

Gleichzeitig dazu verfolgen Rektorat und Dekanat der Sozialwissenschaftlichen Fakultät eine sogenannte gemeinsame Studieneingangsphase, d.h. gemeinsame Lehrveranstaltungen im ersten Semester von Politikwissenschaft, Kultur und Sozialanthropologie (Ethnologie nannte sich diese vor noch nicht allzu langer Zeit), Soziologie und Publizistik. In der CC-AG wurde daher, gegen die Stimmen der Studierenden, beschlossen, die STEP in jeweils 15 ECTS-Punkte aufzuteilen. Die eine Hälfte der STEP wer-



den nun also gemeinsame sozialwissenschaftliche Lehrveranstaltungen, die andere politikwissenschaftliche *Tutorials* ausmachen. Dadurch wurde einerseits das ambitionierte STEP-Konzept der Politikwissenschaft sehr stark eingeschränkt und andererseits drohen in der gemeinsamen sozialwissenschaftlichen STEP die schon angesprochenen Massenlehrveranstaltungen, die sich in Frontalunterricht erschöpfen und somit zu Beginn schon zu einem hohen Frustrationspotential bei Studierenden führen können. Zusätzlich ist anzumerken, dass beim Ausarbeiten der sozialwissenschaftlichen STEP erstens Studierende nur nach Protesten einbezogen wurden und sie zweitens noch immer nicht fertig konzipiert ist. Wir müssen daher noch auf (böse) Überraschungen gefasst sein.

Der STEP werden die *Pflichtmodule* folgen, die einerseits neben der aus der STEP herausgefallenen VO *Historische Grundlagen*, die vier *Kernfächer* (jeweils VO und Lektürekurs) und das *Methodenmodul* umfassen werden.

Im Bereich der *Alternativen Pflichtmodule* sollen Studierende vier Module im Umfang von 6 ECTS-Punkte auswählen, wobei aus den *Praxismodulen* bis zu zwei Module absolviert werden können. In einem der gewählten *Spezialisierungsmodule*, das kein Praxismodul ist, müssen ein Seminar besucht und eine Seminararbeit verfasst werden, wodurch zusätzlich 2 ECTS-Punkte erlangt werden. Abgeschlossen wird das Studium mit dem Besuch eines weiteren Seminars und dem Verfassen einer *Bachelor-Arbeit* von mindestens 25-35 Seiten. Eine Abschlussprüfung wird es nicht geben.

Wer diesen Entwurf auf der Skizze verfolgt hat, wird feststellen, dass noch 60 ECTS-Punkte fehlen, die für die Erlangung des BA notwendig sind. Hier handelt es sich um jenen Teil des Studiums, der auch im Rahmen von Modulen anderer Studienrichtungen absolviert werden kann. Problematisch an diesem

BA-Modul I alternatives Pflichtmodul & BA-Arbeit (12)			
4 Alternative Pflichtmodule (26)			
Spezialisierungsmodule (je 6) & höchstens 2 Praxismodule (je 6) [eins mit SE-Arbeit (2)] Politische Theorien und Theorieforschung Internationale Politik und Entwicklung EU und Europäisierung Österreichische Politik Staatstätigkeit, Policy- und Governanceanalysen Geschlecht und Politik Osteuropastudien Kultur und Politik			
Methodenmodul Quantitative und qualitative Methoden (12)			
Grundlagenmodule (36)			
Theoriegeschichte und Theoriendebatten VO & Lektürekurs (9)	Vergleichende Analyse von Politik VO & LK (9)	Das politische System Österreichs VO & LK (9)	Internationale Politik VO & LK (9)
Historische Grundlagen der Politik VO (3)			
S T E P	Grouputorials (15)	Sowi-STEP (15)	
	Orientierungsveranstaltung (1)		

Punkt ist die Tatsache, dass von der CC-AG zwar eine Liste von Studienrichtungen erstellt und bekannt gegeben wurde, die auf alle Fälle von Powi-Studis frequentiert werden, jedoch noch kein Institut darauf reagiert hat. Diese sogenannten „Erweiterungscurricula“ soll zwar jede Studienrichtung anbieten, bisher ist in dieser Richtung jedoch nichts geschehen.

Das MA-Studium

Ebenso wie das Bachelor-Studium wird auch das Master-Studium in Module eingeteilt. Am Anfang des 120 ECTS-Punkte umfassenden Studiums stehen zwei Module zu je 8 ECTS-Punkten: *Politikwissenschaftliche Grundlagen* und *Politikwissenschaftliche Methoden*. Aus den schon vom BA-Studium bekannten acht Schwerpunkten müssen zwei Module zu je 22 ECTS-Punkten gewählt werden. Zusätzlich muss ein *Forschungspraktikum* von 12 ECTS-Punkten absolviert werden. In das Wahlmodul von 16 ECTS-Punkten können andere politikwissenschaftliche Lehrveranstaltungen (auch jene, die im Zuge eines Auslandssemesters besucht werden) hi-

neingepackt werden. Abgeschlossen wird der Master mit dem Besuch des *Masterseminars* und dem Verfassen einer *Masterarbeit*, die den Umfang von mindestens 75 und maximal 150 Seiten haben sollte. Anstelle der jetzt üblichen Diplomprüfung, in der nicht nur die Diplomarbeit präsentiert werden muss, sondern auch noch Fragen aus zwei Teilgebieten beantwortet werden müssen, wird das Masterstudium nur mit einer öffentlichen Präsentation und Verteidigung der Diplomarbeit vor einer Kommission beendet.

Abschließende Bemerkungen

Es konnte nun hoffentlich ein kleiner Ausblick auf die kommende Umstrukturierung des Studiums gegeben werden. Viele Fragen, v.a. auch in stipendienrechtlicher Sicht, sind immer noch nicht geklärt. Auch die Frage der Zugangsbeschränkungen konnte zwar in diesem

Studienplan verhindert werden, allerdings ist zu befürchten, dass von Seiten des Rektorats oder des Wissenschaftsministeriums weitere Schritte in diese Richtung unternommen werden. Da es schlicht und einfach nicht möglich war, einen ernsthaften Studienplan zu entwerfen, der den Vorgaben der „Kostenneutralität“ entspricht, wurde der nun vorgestellte Entwurf eingereicht. Nicht nur aufgrund dieser Tatsache harren die neuen Studienpläne noch der Genehmigung. Über die Umstiegsmöglichkeiten und die Auswirkungen der BA-Einführung auf das Diplomstudium informiert euch bitte rechtzeitig unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv/texte/umstellung.doc ★

1 Die Assoziation mit dem Marxschen Diktum von „gesellschaftlich notwendiger Arbeit“, die in der kapitalistischen Gesellschaft die Wertgröße bestimme, trifft durchaus ein zentrales Moment dieses Denkens in ECTS-Punkten – ohne dass die Verantwortlichen sich allerdings der Probleme mit diesem Konzept verbunden Problem bewusst wären, die schon Marx kritisiert hatte.

Interview mit dem Studienprogrammleiter Univ.-Doz. Dr. Johann Dvořák

STV: Herr Dozent Dvořák, in ihrer Rolle als Studienprogrammleiter würden wir sie zunächst einmal gerne über aktuelle Probleme am Institut befragen. Es gab ja in diesem Semester wieder eine Lehrveranstaltungs-knappheit vor allem im Bereich der Techniken, Grundkurse und Methoden. Das muss verbessert werden, was plant da die Studienprogrammleitung?

Dvořák: Zunächst muss man betonen, dass wir bei aller Planung und aller Verbesserung (wir haben in den letzten Jahren zusätzliches Budget bekommen und zusätzliche Lehrveranstaltungen angeboten) natürlich in diesem Bereich die allgemeine Ver-

tigkeiten (lesen, schreiben, reden bzw. präsentieren können) zu vermitteln trachtet. Und das massiv unterstützt durch Tutorials neuen Typs. Das wird im Zusammenhang mit dem neuen BA-Studium angestrebt, aber ich verschweige nicht, dass das ein anspruchsvolles Vorhaben ist, das innerhalb der Universität gegenüber dem Rektorat nicht leicht durchzubringen ist, weil es natürlich völlig neu für die Universität ist, und weil hier eine geringe Bereitschaft da ist, in diese Studieneingangsphase zu investieren. Im Gegenteil heißt es, dass in den ersten zwei Semestern die Anzahl der Studierenden

Lehrenden hohe Ansprüche. Und ich bin nicht sicher, ob wir quer durch die Universität durchgehend großartige Vortragende haben. Das Raumproblem ist aber kurzfristig nicht lösbar. Selbst wenn wir das Budget für den Lehrauftrag haben, fehlen uns die Räume. Das ist ein gesamtuniversitäres und politisches Problem.

STV: Ein weiteres Problem, auf das wir als StudierendenvertreterInnen immer wieder hinweisen, ist, dass es zu wenige fremdsprachige Lehrveranstaltungen gibt, die ja verpflichtend sind. Und wenn man einen Lehrenden hat, der diese anbietet, ist man darüber so froh, dass die didaktische Qualität keine so große Rolle mehr zu spielen scheint. Der aktuelle Studienplan wird ja noch weiter gültig sein, das Problem erledigt sich nicht mit dem BA, was werden Sie diesbezüglich unternehmen?

Dvořák: Die Studienprogrammleitung ist bemüht, fremdsprachige Lehrveranstaltungen zu fördern, nicht nur englische, auch wenn wir über diese froh sind, sondern ebenso französische oder spanische. Das Problem ist auch hier ein zweifaches: Zum einen ist Englisch, die Sprache der scientific community, nicht so etabliert, dass wir von ihrer Kenntnis ausgehen könnten. Wir haben Lehrende, die nicht einmal Arbeiten auf Englisch lesen und benoten, auch wenn sie das, darauf angesprochen, von sich weisen würden. Tatsache ist, wir haben zuwenig fremdsprachige Lehrveranstaltungen. Wir können nur versuchen, diese zu fördern. Eine Möglichkeit dazu wären sicher mehr englischsprachige Gastprofessoren, worum sich die Politikwissenschaft schon seit Jahren bemüht.

STV: Man könnte auch größere Toleranz bei der Anrechnung fremdsprachiger Lehrveranstaltungen anderer Studienrichtungen zeigen.

Dvořák: Das tun wir auch.
STV: Der Studienvertretung ist es auch ein Anliegen, fehlende und marginalisierte Inhalte einzubringen. Einerseits durch die Veranstaltungen, die wir selbst organisieren, andererseits wäre es wichtig, diese Themen auch im Studium zu verankern. Zum Beispiel kam einmal eine Studierende mit der Frage zu uns, warum es keine Lehrveranstaltungen zu politischer Psychologie gäbe. Warum ist das Spektrum von Inhalten manchmal recht eng?

Bericht zur HörerInnenversammlung vom 20.3.

Nicht nur die Tatsache, dass im nächsten Semester das BA-Studium anläuft, weshalb Auswirkungen und Umstiegsmöglichkeiten zu klären waren, sondern auch der Unmut über die auch in diesem Semester herrschende Lehrveranstaltungs-knappheit sorgten für rege Beteiligung an der HörerInnenversammlung. Zahlreiche Fragen gab es vor allem zu Auswirkungen der BA-Einführung auf die Lehrveranstaltungen des Diplomstudiums und zu etwaigen, durch die Unterschiedlichkeit der Studienpläne verursachten Problemen beim Umstieg. Nebst den dreigliedrigen Umstellungen war natürlich auch die LV-Knappheit Thema. Die Conclusio hierbei ist: kein Geld für genügend LVs an der PoWi, wobei die Studierendenvertretung die Engpässe bei den Grundkursen und Methoden-Langkursen aufgezeigt und sich, wo es ging, für eine Aufstockung eingesetzt hat. Der Vize-SPL, Roman Pfefferle, stand zum Schluss zum Thema LV-Knappheit und Anmeldesystem Rede und Antwort. Bemängelt wurde auch, dass kein Geld für die Verbesserung des Anmeldesystems veranschlagt wurde (Stichwort: Abmeldebutton).

knappung der Mittel nicht willkürlich überwinden können. Wir haben einiges verbessert, aber das ist noch nicht die Problemlösung. Außerdem haben wir besonders intensiv in den zweiten Studienabschnitt investiert, weil es auch wichtig ist, dass Studierende ihr Studium abschließen können. Weiters war uns seit Jahren klar, dass wir zu Beginn des Studiums eine qualitative Verbesserung und einen qualitativen Umbau brauchen, sonst wird es uns nicht gelingen, die Sache wirklich zu verbessern. Nur noch einen Grundkurs, mehr Technikenkurse einzuführen löst langfristig nicht die Probleme. Da wurden schon einige Ansätze in Bezug auf selbstorganisiertes Lernen angedacht, das tutoriell betreut werden soll, von *teaching instructors*. Das wäre eine neue Qualität der gesamten Eingangsphase, die Studierenden schon am Beginn des Studiums in anspruchsvoller Weise alle notwendigen Kenntnisse und Fer-

verringert werden und erst dann das „gute Studium“ beginnen soll. Die Studienprogrammleitung ist hingegen der Meinung, dass man von Anfang an anspruchsvoll studieren können soll.

STV: Auf das BA und die damit einhergehenden Veränderungen kommen wir später noch zu sprechen. Noch einmal zu den aktuellen Problemen: Ein strukturelles Problem ist auch, dass es zu wenige Vorlesungen im zweiten Abschnitt gibt, bzw. wenn es diese gibt, sie maßlos überlaufen sind. Sehen Sie das auch so, und was wollen Sie dagegen tun?

Dvořák: Auf die Gefahr hin, dass das fast zynisch klingt: Eigentlich müsste man der Universität Neubauten empfehlen. Obwohl das Problem seit Jahrzehnten bekannt ist, hat die Universität nicht ausreichend große Räume, um den Studierenden in Vorlesungen genügend Platz zu bieten. Zweitens, das möchte ich nicht verhehlen, stellen Vorlesungen an die

► Fortsetzung von Seite 5

Dvořák: Die Erklärung ist auch hier einfach: Das Studium der Politikwissenschaft hat sich allmählich und eher zufällig entwickelt. Die Themen entsprechen den Bereichen des Kernteams der ProfessorInnen, der Lehrstühle. Jede Ausweitung kann nur im Bereich der externen Lehre erfolgen. Das hat sich auch bei der Planung des neuen Studienplans erwiesen. Darüber hinaus verharren jene, die die Teilbereiche der Lehrplanung koordinieren im Wesentlichen bei ihren Schwerpunkten. Dieser strukturelle Konservatismus, der keine Eigenart der Politikwissenschaft ist, muss mühselig überwunden werden, indem die Studienprogrammleitung Akzentsetzungen vorzunehmen versucht. Wir haben gerade hier im Bereich der Psychoanalyse etwas getan, was einen Schritt zur politischen Psychologie darstellt. Weitere Akzentsetzungen erfolgten im Bereich der Staatstheorie und in Ansätzen konkreter Bürokratieforschung. Wir haben über Gastprofessuren die Kritische Theorie eingebracht. Trotz dieses Bemühens ist Neues schwer einzubringen und stößt auch auf verhaltene Widerstände.

STV: *Kommen wir zu den Fragen, die den Ablauf von Lehrveranstaltungen betreffen. Die Studienvertretung hat sich ja erfolgreich gegen die Unsitte, Motivationschreiben zur Anmeldung zu Lehrveranstaltungen verfassen zu müssen, eingesetzt. Dennoch wird das nach wie vor teilweise versucht. Wie gedenken Sie zu kommunizieren, dass das nicht in Ordnung ist?*

Dvořák: Es ist ganz klar, dass die Studienprogrammleitung sich durch das Einfordern studienrechtlich korrekter Vorgangsweisen geradezu verhasst gemacht hat. Viele Dinge, die bis dahin Praxis waren, wurden von uns abgestellt. Wenn das noch vorkommt, kann ich dagegen nur einschreiten, wenn ich davon weiß. Es ist wichtig, dass wir hier weiterhin immer wieder mit der STV Kontakt haben und dass diese Probleme besprochen werden. Wir pflegen in den allgemeinen Rundschreiben an die Lehrenden diese Fra-

gen klar anzusprechen und propagieren das auch in Konferenzen mit den Lehrenden. Ich ersuche ich die Studienvertretung, solche Fälle auch weiterhin zu kommunizieren, wie sie das in der Vergangenheit auch schon getan hat. Wir bemühen uns, die Missstände dann abzustellen.

STV: *Unserer Forderung, die Abgabefristen für Seminar- und Proseminararbeiten wieder zu verlängern wurde ja entsprochen. Einige LehrveranstaltungsleiterInnen verlangen dennoch einen früheren Abgabetermin als den 30. Juni für das Wintersemester und den 30. November für das Sommersemester.*

Dvořák: Ich bemühe mich in Einzelgesprächen mit Lehrenden, an sie zu appellieren, aus Eigennutz diese Fristen zu verlängern. Meiner Erfahrung nach haben wir eine geringere Drop-out-Quote bei Lehrveranstaltungen, wenn den Studierenden die Möglichkeit gegeben wird, die Fristen voll ausschöpfen zu können. Wenn Studierende die Arbeiten sofort abgeben müssen, ist es wie eine Art Münzwerfen. Sie müssen viele Lehrveranstaltungen abschließen und sagen sich, dass sie nicht alle schaffen. Das ist aber auch ökonomisch gesehen völlig unsinnig, denn die Studierenden kommen dann wieder in Lehrveranstaltungen und diese sind überfüllt. Darüber hinaus werden wir bei künftigen Budgetverhandlungen an den Erfolgsquoten gemessen. Für Lehrveranstaltungen mit hohen Drop-out-Quoten wird dann kein Geld mehr zur Verfügung stehen. Also empfehlen wir allgemein und in Einzelgesprächen, den Studierenden diese Fristen einzuräumen.

STV: *Kommen wir jetzt zur zukünftigen Planung. Die STV steht dem BA-Studium eher kritisch gegenüber, unter anderem weil wir befürchten, dass in diesem kritische Inhalte zu kurz kommen. Außerdem gibt es gegen die schon erwähnten innovativen didaktischen Formen Widerstände, die mit Geldmangel argumentiert werden. Was sehen Sie als das Positive, was als das Negative am BA?*

Dvořák: Ich bin ein alter Kritiker des BA/MA Studiums. Sie werden von mir keine Begeisterung über die Sinnhaftigkeit dieser Entwicklung hören. Ich habe es immer komisch gefunden, dass diese elenden mittelalterlichen Formen wieder belebt werden. Man muss nur nachsehen, wie in alten Wörterbüchern der Baccalaureus definiert wird, das ist eher eine Kabarettnum-

mer. Unbelesenheit hängt ja oft mit Neoliberalismus zusammen, deshalb braucht man sich nicht zu wundern, dass das wenig bekannt ist. Konkret sind wir seitens der Studienprogrammleitung immer dagegen eingetreten, dass das BA ein minderwertiges und anspruchsloses Studium wird, und man erst nach diesen sechs Semestern zu den höheren wissenschaftlichen Weihen gelangt. Wir waren immer der Meinung, dass Wissenschaft von Anfang an auf möglichst hohem Niveau vermittelt und eingeübt werden muss. Man hat keine guten Master- oder Doktoratsstudierenden, wenn man vorher drei Jahre lang Minderwertigkeit eingeübt hat. Zweitens ist noch nicht absehbar, worin Berufsperspektiven gerade für politikwissenschaftliche BA-AbsolventInnen liegen sollen. Soviel einfache Forschungsarbeiten wird es nicht geben. Jetzt gibt es dieses Studium aber nun einmal und es gilt, ein breit zugängliches Studium von Anfang an auf hohem Niveau zu organisieren

STV: *Was heißt das dann für die Studieneingangsphase?*

Dvořák: Es macht keinen Sinn, K.O.-Prüfungen oder weitere Verschlechterungen des elenden Daseins in den ersten Semestern einzuführen, nach dem Schema: Wenn man genug Schrecken verbreitet, bleiben die Leute weg. Die Erfahrung zeigt das Gegenteil. Trotz schlechten Abschneidens bei Rankings stiegen die Studierendenzahlen. Ein abgeschlossenes Studium zählt in der gesellschaftlichen Wahrnehmung mehr als die dabei erduldeten Bedingungen. Weiters wird mit Verschlechterung der Studienbedingungen Begabung und Qualität bei den Personen nicht gefördert, sondern eine merkwürdige soziale Kompetenz: Sitzfleisch und Frustrationstoleranz. Nichts gegen Frustrationstoleranz, aber die Universität sollte nicht der Ort sein, an dem diese trainiert wird.

STV: *Sie haben sich ja für eine neue Art der Studieneingangsphase stark gemacht. Wie sollte diese aussehen?*

Dvořák: Die Grundfertigkeiten, wissenschaftliche Text zu lesen, zu verfassen und auch Ergebnisse zu präsentieren sollen, begleitet von *teaching instructors*, von speziell ausgebildeten Postgraduates, eingeübt werden. Diese sollen Studierende im Selbststudium tutoriell begleiten, sowohl in Gruppen, als auch, wenn notwendig, individuell. Dabei soll von den Stu-

baccalaureus, lat., M., „seit dem 13. Jh. unterster akademischer Grad“, Lw. mlat. baccaliarius, M., „Knecht, Lehrling“, Lw. keltisch?, zu lat. baculus, M., „Stock“?

Köbler, Gerhard:

Deutsches Etymologisches Wörterbuch, 1995

► dierenden auch das wissenschaftliche Verhalten in Gruppen, z.B. gegenseitiges Unterstützen und Kritisieren, eingeübt werden. Dieses Team von *teaching instructors* könnte auch bei Problemen mit anderen Lehrveranstaltungen intervenieren und didaktische Innovationen einbringen. Man muss nicht fröhlich mit den Methoden und Lehrveranstaltungsformen des 19. Jahrhunderts in das dritte Jahrtausend gehen.

STV: *Neben dieser neuen Art der Studieneingangsphase ist auch eine allgemeine Studieneingangsphase für alle Studierenden der Fakultät für Sozialwissenschaften geplant. Abgesehen von der Sinnhaftigkeit dieses Unterfangens sehen wir einige praktische Probleme wie z.B. den Mangel an Räumlichkeiten für Vorlesungen für Tausende von Studierenden.*

Dvořák: Dass in den Sozialwissenschaften zusammengearbeitet wird, halte ich prinzipiell für positiv. Aber vergessen wir nicht den historischen Hintergrund: Es gab Überlegungen der Universität zur Einrichtung eines einheitlichen sozialwissenschaftlichen BA. Die Studienprogrammleitungen und die Studierendenvertretungen haben sich einhellig dagegen ausgesprochen. Dank des Einsatzes der Studierenden und besonders der Kollegin Glaser im Senat wurde erreicht, dass Fach-BA eingerichtet werden. Gleichzeitig wurde seitens der Universitätsleitung und aller Studienprogrammleitungen betont, dass es zu einer gemeinsamen Studieneingangsphase der Sozialwissenschaften (ebenso wie zu fachspezifischen Eingangsphasen) kommen soll. Diese Kooperation ist auch sehr gut im Gange; Zeitmangel wird ein gewisses Problem sein, ebenso wie der Mangel an geeigneten Räumen für die Lehrveranstaltungen.

STV: *Durch die Einführung des BA laufen ja zunächst noch drei, später zwei Studienpläne parallel. Befürchten Sie deshalb eine Verschlimmerung der Lehrveranstaltungssituation?*

Dvořák: Das hängt von der künftigen Budgetgebarung ab. An sich ist versprochen worden, dass wir in der Übergangsphase zusätzlich Mittel bekommen. Läuft alles so wie geplant, sollten keine Verschlechterungen eintreten.

STV: *Wir haben dieses Semester mit der Herausgabe unserer Zeitung gewartet, bis es mehr Klarheit über den neuen Studienplan und dessen Einführung im nächsten Semes-*

ter gibt. Ein Problem, das wir jetzt sehen, ist z.B. dass bei den Erweiterungscurricula, der „neuen“ Form der freien Wahlfächer, überhaupt nichts klar ist. Das ist ein universitätsweites Problem, kein spezifisches der Politikwissenschaft. Jedes Institut baut darauf, dass diese von den anderen angeboten werden, bietet aber selbst keine an. Wie geben Sie damit um?

Dvořák: Das ist ein strukturelles Problem der Universität Wien. An sich sinnvolle Überlegungen werden angestellt, allerdings muss die Umsetzung in knappsten Zeitrahmen passieren, und das noch dazu strukturell diffus. Die Erweiterungscurricula wären sinnvoll auszuhandeln zwischen Studienprogrammleitungen, hier wäre auch Platz für die vorige Frage nach Akzentsetzungen. Der Wille der Studienprogrammleitungen ist da, nur hätte das Ganze schon bei der Entwicklung der Curricula passieren müssen, was eine maßlose Überforderung und in dem Zeitrahmen nicht möglich war. Die Planung der Erweiterungscurricula wird realistisch im nächsten Semester stattfinden, weil im ersten Semester die Studieneingangsphase absolviert wird.

STV: *Die Studienvertretung plant für nächstes Semester ein Pilotprojekt, wie es schon auf der Publizistik existiert: Es geht darum, „Buddies“ (auch wenn dieser Ausdruck seltsam ist) für Studierende mit nichtdeutscher Muttersprache in Workshops auszubilden, damit sie diesen, wenn sie z. B. gemeinsam Kurse besuchen, Hilfestellungen geben können, die Anforderungen der Lehrveranstaltung noch einmal durchgehen oder kürzere Arbeiten Korrektur lesen. Wäre die Studienprogrammleitung bereit, eine Bestätigung für „Buddies“ auszustellen, welche als zusätzlicher soft skill für den Lebenslauf vielleicht ein zusätzlicher Ansporn wäre, an dem Projekt teilzunehmen?*

Dvořák: Das ist ein Vorhaben, das man nur bedingungslos unterstützen kann, muss, soll und wird. Es bedürfte aber auch gesamtuniversitärer Leistungen für ausländische Studierende. Ihr Projekt ist ein sehr guter Ansatz, aber es wäre umso besser, gäbe es strukturell verankerte Begleitansätze.

STV: *Kommen wir am Schluss zu Grundsätzlichem. Wie sehen Sie die weitgehende Abschaffung der studentischen Mitbestimmung und ihre Folgen?*

Dvořák: Wenn wir über die Strukturen der Universität reden, sollten wir nicht darüber hinwegsehen, dass mit dem UG 2002 praktisch alle vorhanden

Ansätze demokratischer Strukturen an den österreichischen Universitäten mit einem Federstrich abgeschafft wurden. Es wurde sogar die Frage andiskutiert, ob Studierende überhaupt Teil der Universität seien. Gerade der Studienprogrammleitung Politikwissenschaft ist es ein Anliegen, soweit wie möglich durch regelmäßige Kontakte und Aussprachen Reste der demokratischen Kultur zu erhalten. Auch weil ich meine, dass die Universität keine Sache von Anbietern und Klienten sein soll, sondern eine Zusammenarbeit zwischen Lehrenden und Lernenden. Gerade an der Politikwissenschaft, die die Förderung der Demokratie zum Leitbild hat, können wir die Zerstörung demokratischer Strukturen nicht ignorieren.

Gelebte Demokratie ist darüber hinaus aber keine harmonische Angelegenheit, die Streit ausschließt. Studierende und ihre organisierte Interessensvertretung müssen kritisch sein. Auch wenn das Kritik an der Studienprogrammleitung einschließt, halte ich kein falsches Harmonisieren, sondern kritische Auseinandersetzung für wichtig und notwendig. Auf der Politikwissenschaft ist es gelungen, und das ist nicht selbstverständlich, dass die StudierendenvertreterInnen in den noch vorhandenen Gremien in äußerst engagierter und kompetenter Weise mitarbeiten und auch mitbestimmen. Aufgrund dieses Engagements und dieser Kompetenz konnte die Studienvertretung trotz des Mangels demokratischer Strukturen ihren Einfluss erhalten, was anderswo nicht möglich war.

Diese kritische Auseinandersetzung sollte sich nicht auf Zeiten des Wahlkampfes beschränken, in denen man plötzlich die Beschwerden der Studierenden einholt. Im Gegensatz dazu war die Studienvertretung in den letzten Jahren äußerst kritisch, was ich sehr schätze, auch wenn das manchmal am Institut für Unverständnis sorgt. Oft werde ich von anderen Lehrenden angesprochen: „Jetzt hängt schon wieder ein Plakat, jetzt werdet ihr schon wieder kritisiert“. Ich finde das in Ordnung, das ist euer Job.

STV: *Auch wir sehen den Einsatz für das Mitspracherecht der Studierenden als unser Hauptanliegen an. Vielen Dank für das Interview. Wir hoffen, dass zur Lösung der anstehenden Probleme unser Engagement und unsere Kritik einen relevanten Beitrag leisten können.* ★

Von LeistungsträgerInnen und Elfenbeintürmen

Kritische Überlegungen zur Reform der Universität

Wollte man studieren, wie denn gutgemeinte Reformbemühungen einen gegenteiligen Effekt zeitigen, so bietet die Geschichte der Universitätsreformen genug Material. Die Forderung der 60er Jahre, die Universität solle sich aus dem Elfenbeinturm herauswagen, hat sich erfüllt, allerdings nicht ganz im Sinne ihrer Erfinder.

Mit der Bezeichnung Elfenbeinturm sollte kritisiert werden, dass an den Universitäten fern von gesellschaftlicher Relevanz geforscht und gelehrt wurde, und das noch dazu in einer semifeudalen vormodernen Form, die den Ordinarius-Professoren Assistenten als Hörige zordnete. Die RefomerInnen nun wollten eine sozial engagierte Universität, das Ergebnis war aber, dass die Gesellschaft die Universität stärker für ihre Zwecke einspannte, gesellschaftliche Zwänge sich stärker an der Universität auswirkten, und so der Reflexionsort, den die Universität ja auch darstellen könnte, unterging. Heute wirft der Arbeitsmarkt, bevor er von den AbsolventInnen überhaupt betreten wird, schon seine Schatten auf die Universität. So begrüßt die OECD in ihrer Studie über die Universitäten in Österreich die letzten Reformen, da sie den Geldfluss von Leistung abhängig machten. Ihr geht dieser Schritt allerdings noch nicht weit genug. Sie empfiehlt: „Further strengthen the performance-based funding system in tertiary education. Study fees should be raised, supported by a loan scheme with income-contingent repayments.“¹ Einerseits sollen die Studiengebühren erhöht werden, andererseits sollen Stipendien an Leistung gekoppelt werden. Leistung – was auch immer genau darunter verstanden wird – wird so zum Dreh- und Angelpunkt der ganzen Angelegenheit, ist doch das Bild vom „Bummelstudenten“ nicht nur den universitären Eliten sondern auch in der öffentlichen Meinung verhasst.

Auch die Studierenden haben diese Zwänge schon teilweise internalisiert: StudienanfängerInnen wissen, von Karrierebeilagen der Medien und dem ganzen öffentlichen Diskurs geschult, worauf es ankommt: Leistung und schneller Studienabschluss, allerdings nicht ohne etliche Zusatzqualifikationen und ‚soft skills‘ erworben und genug ‚networking‘ betrieben zu haben. Sie wissen, dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt hart ist und man deshalb sehen muss, wo man bleibt. Dieser Zusammenhang wurde einmal treffend auf den Punkt

gebracht: „Indem der Staat von einer Nachfrage- zu einer Angebotsagentur der Ware Arbeitskraft wird, wandeln sich die Anforderungen an die Individuen: von konformistischen KonsumentInnen und braven, untertänigen ArbeiterInnen, denen ihre geleistete und vom Nachfragestaat als wertvoll gesicherte Arbeit als Beweis und Argument ihrer Zugehörigkeit zum Verteilungspakt hinreichte, zu Veredelungsakteuren ihrer eigenen Ware Arbeitskraft.“²

Ob das der Wahrheitsfindung und der Wissenschaft, die die Universität ja gerne als Aufgaben ins Feld führt, dienlich ist, ist zu bezweifeln. Besonders bei den Sozialwissenschaften kann das zu Problemen führen, wie auch den schlauerer Köpfen der Studentenbewegung auffiel. So analysierte Hans-Jürgen Krahl, ein Vertreter des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung schon in den 60ern auf einem teach-in, es gehe um „die Anpassung geistiger Arbeit an kapitalistische Arbeitszeitnormen – und darin besteht Technokratisierung der Hochschule; das bedeutet, dass die qualitative Zeit bildungsgeschichtlicher Reflexionsprozesse immer mehr an geistige Arbeitszeitnormen angepasst wird – dass diese Anpassung es erschwert, überhaupt noch Gesellschaft als Ganzes zu durchschauen.“³

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet Krahl als Schüler Theodor W. Adornos zu dieser Einsicht kam, war doch auch diesem das Problem des prekären Verhältnisses von Universität und Gesellschaft bewusst. Adorno sah auch, dass die Universität selber oft kritische Gedanken verhinderte. So merkte er an, dass es in gewisser Hinsicht ein Glücksfall sei, selbst nicht eine reguläre Universitätskarriere eingeschlagen zu haben, denn sonst wäre es nicht dazu gekommen, dass „ich es nach wie vor riskiere, ungedeckte Gedanken zu denken, die sonst von diesem übermächtigen Kontrollmechanismus, der da Universität heißt, den meisten Menschen schon sehr früh, vor allem in der Zeit, in der (...) [sie] Assistenten sind, abgewöhnt werden.“⁴ Genau das ist aber verstärkt eingetre-

ten: Das Erbringen von Leistung, das den kritischen Gedanken abwürgt, wird zum Fetisch, der jeder konkreten Bedeutung beraubt ist. Diese Fixierung auf ein Ziel, das nicht hinterfragt wird, und so Überlegungen unmöglich macht, die auf den Grund dieser Veranstaltung zielen, bringt aus den Universitäten eine objektive Verblödung hervor.

Plagiate

Die Ahndung von Plagiaten etwa führt diese Tendenz vor Augen. In den letzten Jahren brach eine regelrechte Hysterie aus, immer mehr Arbeiten auf den Universitäten seien abgeschrieben, ein paar Fälle wurden von den Medien aufgegriffen, ja sogar ein „Plagiatsjäger“ machte dort von sich reden. Anstatt allerdings schlicht die Frage zu stellen, warum den Studierenden offenbar ein schneller Studienabschluss so viel wichtiger ist als die zeitraubende Arbeit, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, kam der Ruf nach Bestrafungen auf. Eigene Computerprogramme wurden geschrieben, um Plagiate dingfest zu machen. Die Sanktionen reichen von „schwarzen Listen“ bis hin zum Titelentzug. Nun werden weitere Konsequenzen aus dem Anstieg an Plagiatsfällen gezogen: Auf einer Konferenz der Studienprogrammleiter der Sozialwissenschaftlichen Fakultät im Februar wurde der Vorschlag einer Vertreterin der Studierenden, Prüfungen einiger Vorlesungen, die in der Studiengangphase stattfinden sollen, durch schriftliche Essays zu ersetzen, sofort mit dem Hinweis auf das Plagiatsproblem durch einen der anwesenden Studienprogrammleiter abgeblockt. Offenbar sollen Studierende am besten gar keine eigenständigen Arbeiten zu Hause mehr verfassen, denn sie könnten ja irgendwo abschreiben. Eigenständiges, gar kritisches Denken wird den Studierenden somit gleich zu Beginn des Studiums abgewöhnt (sofern die Schule diese Aufgabe nicht ohnehin schon erledigt hat).

Anmeldesysteme

Ein beträchtlicher Anteil des Budgets, das für die Universitäten zur Verfügung ►

► steht, wird aufgrund von leistungsbezogenen Indikatoren an die Universitäten verteilt. Einige dieser Indikatoren, die in der so genannten Formelbudget-Verordnung von März 2006 festgelegt wurden, beziehen sich auf die Anzahl der Studierenden, die innerhalb der Mindeststudiendauer zuzüglich Toleranzsemester studieren bzw. ihr Studium abschließen.⁵

Eine Auswirkung dessen an der Universität Wien ist das Vorhaben des Rektorats, ein universitätsweites Anmeldesystem zu implementieren, das Studierende aufgrund ihrer Studiergeschwindigkeit und aufgrund ihrer Noten bevorzugen oder benachteiligen kann. Dieses Anmeldesystem ist eine adaptierte Version des Punktesystems, das die wirtschaftswissenschaftlichen Studien derzeit verwenden. Jede(r) StudentIn hat dabei ein gewisses Punktekontingent zur Verfügung, das auf die gewünschten Lehrveranstaltungen aufgeteilt werden kann. Wer auf eine LV die meisten Punkte gesetzt hat bekommt dann den LV-Platz. Eine Bevorzugung schneller Studierenden mit guten Noten erfolgt dann, indem deren Punktekontingent aufgestockt wird.

Studienpläne

Auch bei der Arbeit der Studienplänenentwicklung wird man mit den Auswüchsen der Reformbemühungen konfrontiert. Die Drop-out-Quote, also die Anzahl der Studierenden, die das Studium abbrechen, ist nämlich ebenfalls ein

wichtiger Indikator für die Universität. Dabei zählen aber nur Studierende zum Drop-out, die nach dem zweiten Studiensemester aufhören. Eine Folge davon ist, dass das Rektorat der Universität Wien bildungspolitische Maßnahmen ergreift, um die Studienabbrüche auf das erste Semester zu ‚verlagern‘ – es soll also am Studienanfang ordentlich aussortiert werden. So werden Knock-out Prüfungen zu Studienbeginn eingeführt und manchen Studienrichtungen werden Quoten vorgegeben, wie viele Studierende nach den ersten Semestern über bleiben sollen. Auch auf die Studienplangestaltung wirken sich diese Maßnahmen aus. Etwa weist das Rektorat die Curriculararbeitsgruppen, die die Studienpläne erstellen, darauf hin, dass prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen nicht in den ersten Semestern angeboten werden sollen, da diese hier zu kostenintensiv seien. Sie sollen erst dann angeboten werden, wenn nur noch die Studierenden übrig sind, die die ersten beiden Semester überstanden haben.

Zur Ehrenrettung des Elfenbeinturms

Der Elfenbeinturm und damit ein möglicher den Zwängen des Arbeitsmarkts entzogener Reflexionsort wurde also gründlich abgeschafft. Studierende sollen neben der Erwerbstätigkeit zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten und neben der Sozialarbeit, die sie für die Studiengebühren ableisten,

in Mindeststudienzeit mit ausgezeichneten Noten das Studium abschließen, ohne abzuschreiben versteht sich und bitte ohne Kritik zu üben an den Verhältnissen, in denen Leistungsindikatoren jeden kritischen Gedanken unterbinden. Auch kehren die feudalen Abhängigkeiten zwischen ProfessorInnen und AssistentInnen und solchen, die es werden wollen, in modernisierter Version wieder: Der Kampf um Stipendien und Posten bindet diese an jene genau so fest wie einst an den Ordinarius.

In dieser Situation möchte man fast zu einer Ehrenrettung des Elfenbeinturms schreiten, auch wenn man den exklusiven und elitären Beigeschmack dieses Wortes verdammen muss: Die Universität als Reflexionsort über die gesellschaftlichen und ökonomischen Zwänge, denen sie momentan unterworfen wird, von dem aus aber auch interveniert wird – darum sollte es gehen, um einen Elfenbeinturm mit Schießscharten – für alle. ★

1 <http://images.derstandard.at/20070213/OECD-goingforgrowth.pdf>, 14.2.2006
 2 Pirker, Peter: Unheimliche Verwandtschaft. Zum Naheverhältnis von Zivil- und Bürgergesellschaft, in: Streifzüge 3/2000
 3 Krahl, Hans-Jürgen: Konstitution und Klassenkampf. Schriften und Reden 1966-1970, Frankfurt a. M. 1985, S. 319
 4 Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. M. 1971, S. 135
 5 Formelbudget-Verordnung, <http://www.ris.bka.gv.at/bundesrecht/>, 20.2.2006

Pilotprojekt - „Buddy“ für ausländische Studierende

Das Wort „Buddy“ ist unsympathisch. Nichts desto trotz hat man sofort einen ungefähren Eindruck davon, worum es gehen soll: um die Unterstützung von Studierenden mit nicht deutscher Mutter-/Bildungssprache, mit denen man ohnehin gemeinsam in Lehrveranstaltungen sitzt.

Oft hilft es schon, wenn man jemanden hat, der einem noch einmal versichert, dass man die Anforderungen für den Kurs richtig verstanden hat oder wiederholt, wann der Abgabetermin war. Wenn es vielen am Anfang schon schwer fällt, wegen solcher „Kleinigkeiten“ jemanden anzusprechen, so sind die Hemmungen, jemanden zu bitten, eine Textanalyse oder einen Essay kurz Korrektur zu lesen, oft unüberwindbar. Dabei ist das wirklich kein Aufwand und jede/r, der/die selbst schon einmal ein Semester im „Ausland“ studiert hat, weiß, wie wertvoll solche kleine Hilfestellungen sein können.

In diesem Sinne will die Studienvertretung – angeregt durch ein ähnliches Vorhaben auf der Publizistik – im nächsten Semester, in dem durch das BA noch viel mehr Neuerungen auf die Studierenden zukommen, in Vorlesungen das Pilotprojekt vorstellen, um einerseits „buddies“, andererseits



Studierende, die solche Unterstützung für sich selbst als sinnvoll erachten, anzusprechen. Eine erste Besprechung mit allen Interessierten bietet natürlich die Möglichkeit, eigene Vorstellungen und Ideen einzubringen. Bei praxisorientierten Workshops sollen dann die möglichen Formen der Unterstützung besprochen werden, wobei wir darauf achten werden, dass der Zeitaufwand zu bewältigen und die Unterstützung dennoch sinnvoll bleibt. Als kleinen Bonus soll es für die „buddies“ eine Bestätigung der erworbenen „soft skills“ durch die Studienprogrammleitung geben. Wir hoffen auf reges Interesse.★

Gendermainstreaming im Deutschnationalismus

Zur Frage, ob auf der Uni künftig auch Burschenschafter mit Binnen-I geschrieben werden sollte?

Deutschnationalismus stellt an der Uni Wien wahrlich kein neues Phänomen dar. Durch „politische“ Veranstaltungen im universitären Bereich sorgen Burschenschafter¹ seit vielen Jahren für Aufsehen und stoßen in linken Uni-Kreisen seit geraumer Zeit auf massiven Protest.

Weniger sichtbar waren und sind bis jetzt wohl jene Frauen, meist Freundinnen, Töchter, Schwestern und Ehegattinnen der „Burschis“, die sich in der deutschnationalen Mädelschaft „Freya“ zusammenfinden.

Mit strikten Hierarchien und dem Ziel „die Interessen weiblicher Studierender vertreten“ zu wollen, obwohl sie „die wahre und zentrale Bestimmung von Frauen aber doch in der ‚Mutter und Erzieherin‘ sieht“², verdeutlicht „Freya“ als weibliches Pendant zu den deutschnationalen Burschenschaften, dass Deutschnationalismus definitiv kein Privileg von Männern ist. Da die traditionellen deutschnationalen Burschenschaften die Mitgliedschaft von Frauen jedoch strikt ablehnen, gibt es eben eigene Einrichtungen wie die 1988 gegründete Wiener „akademische“ Mädelschaft, in denen Politik und rechtes Gedankengut nicht ausschließlich Männersache bleibt. Über den Aufgabenbereich der „Freya“ gab nicht zuletzt auch eine Ende März 2007 in der Presse veröffentlichte Reportage mit dem Titel „Vergiss nicht, dass du Deutsche bist“³ Aufschluss. Neben „deutschen“ Liederabenden und Themenveranstaltungen zur „Verlotterung der deutschen Sprache“ oder zum Diskussionspunkt „Südtirol“ unterstützen die in der „Freya“ organisierten Frauen auch Projekte wie „Altösterreicher in den ehemaligen Monarchiegebieten“. So steht Wiens erste „national-freiheitliche Studentinnenverbindung“ seit ihren Anfängen dem reaktionären Gedankengut ihrer männlichen „Kameraden“ nicht nach. In Anlehnung an deren „Buden“ schmücken Schwarz-Rot-Goldene Fahnen auch das Vereinslokal der Mädelschaft in der Fuhrmannsgasse und auch die dort organisierten Frauen sehen sich der „deutschen Kulturgemeinschaft“ zugehörig und ihre Mitgliedschaft als „Lebensgemeinschaft“ bis in den Tod. Immerhin haben sie nicht nur das Vereinsmotto „Für Ehre, Freiheit, Vaterland!“

von ihrem männlichen Weggefährten abgeschaut, sondern auch die Verbindungsfarben der „Freya“ beziehen sich auf das Couleur der Ur-Burschenschaft, die während der „Befreiungskriege“ gegen Napoleon gegründet wurde, als in Deutschland und Österreich die Chance verpasst wurde, ein bürgerliches Gesetzbuch zu bekommen und zumindest



halbwegs in punkto persönlicher Freiheit mit anderen Ländern gleichzuziehen. Der Name selbst verweist ebenso auf eine längere Tradition und bezieht sich auf eine, noch vor dem Ersten Weltkrieg gegründete weibliche Pennale, den „Deutsch-arischen Mädchenbund Freya“, deren Namensgebung wiederum bei der germanischen Göttin Freya ihren Ursprung nimmt. Neben Tradition werden freilich auch Schlagwörter wie Gemeinschaft, Heimat und vor allem die deutsche Zugehörigkeit hochgehalten. Um Stimmrecht zu bekommen, muss frau sich immerhin erst aktiv engagieren und die so genannte „Mädelpfprüfung“ ablegen, um dann in der mädelin-

ternen Hierarchie von „Conkneipantin“ über „Fäh“ (Jungstudentin) und „Mädel“ schlussendlich zur Hohen Frau aufsteigen zu können. Gemeinschaft mit den Männern oder für beide Geschlechter geltende Hierarchien lassen sich in der Regel jedoch in den Strukturen nicht finden. Obgleich es den „Mädels“ an völkischem Gedankengut folglich nicht fehlt, scheint es doch, dass selbst die hohe Frau mehr Zukunftsperspektiven in der FPÖ hat – und Parteimitglieder scheint es in der Mädelschaft trotz der Betonung auf Unabhängigkeit zur Genüge zu geben –, als in den Burschenschafterkreisen. Weder in Hinblick auf Manneskraft noch Männlichkeit oder Wehrbereitschaft können die „selbstbewussten“ Frauen, wie sich die Mädels bezeichnen, mithalten. „Emanzipiert, jung, engagiert, einig“ reicht folglich lediglich für Budenfeste und zur Aufrechterhaltung von ewig gestrigem Gedankengut. So ist auch zu sagen, dass die Mitgliederzahlen der Mädelschaft, die laut dem erwähnten Presseartikel auf 29 Mitglieder von 16 bis 66 Jahren beschränkt ist, keineswegs mit denen ihrer männlichen „Kameraden“ mithalten kann. Wenngleich Deutschnationalismus kein männliches „Privileg“ ist, bleibt die Burschenschafterzene demnach männlich dominiert und das Binnen-I kann folglich auch weiterhin ausgespart bleiben. ★

¹ Deutschnationale Burschenschaften sind nicht zu verwechseln mit den katholischen Studentenverbindungen des Cartellverbandes.

² Vgl. Lecher, Judith/Rampetzreitner, Heide: „Vergiss nicht, dass du Deutsche bist“, http://www.diepresse.at/home/wirtschaft/karriere/studenten/293204/index.do?v_l_backlink=/home/index.do, 1.4.2007

³ Bailer-Galanda, Brigitte: Frauenbild und Frauenrepräsentanz im österreichischen Rechtsextrémismus, http://www.doew.at/thema/thema_alt/rechts/refrauen/frauenbildre.html, 1.4.2007

Zur Gleichberechtigung der Frauen

Das Ende des Patriarchats?

Wir haben schon mehrfach den antifeministischen Backlash an der Universität und am Institut für Politikwissenschaft festgehalten und kritisiert. Nun möchten wir uns diesem Problemfeld auf politischer und theoretischer Ebene nähern.

Die Frage, ob Frauen heute gleichberechtigt sind, wie auch immer man „gleichberechtigt“ definieren mag, kann nur mit Nein beantwortet werden. Über die Repräsentanz von Frauen beispielsweise im österreichischen politischen System existieren eindeutige Untersuchungen¹, dies noch einmal auszuführen wird nicht der Inhalt dieses Texts sein. Vielmehr beschäftigt uns hier die Frage, was gleichberechtigt überhaupt bedeutet. Offenbar ist damit gemeint, jemandem zu gleichem Rechte zu verhelfen, ihn oder sie gleich zu berechtigen. Unter kurzer Ausblendung der herrschenden Zustände wird jedem aufgeklärten Individuum vollkommen klar sein, dass Mann und Frau den gleichen Anspruch auf Freiheit haben. Aber offensichtlich ist genau jene verstandesmäßig gegebene Selbstverständlichkeit, nämlich die abstrakte Gleichheit aller menschlichen Individuen, unabhängig von kollektiven Eigenschaftszuschreibungen, in der bürgerlich-kapitalistisch verfassten Gesellschaft alles andere als selbstverständlich. Obwohl die bürgerliche Gesellschaft die Ablösung feudaler, persönlicher Herrschaftsverhältnisse bedeutete, beförderte das kapitalistische System, welches sich durch strukturelle, unpersönliche Zwänge „auszeichnet“, eine Hierarchie der Arbeitskräfte, in der Frauen und ausländische Arbeitskräfte bald deutlich stärker ausgebeutet wurden als inländische Männer.

Ohne die Bilder von Mann und Frau durch die andauernde Thematisierung zu reproduzieren, muss das Geschlechterverhältnis Gegenstand der Analyse bleiben, denn ohne die Thematisierung dieses speziellen Herrschaftsverhältnisses ist an dessen Auflösung nicht zu denken. Ein Problem bleibt dabei, dass im geschlechterspezifischen Diskurs keine Auflösung der Herrschaftsverhältnisse angestrebt wird, sondern eine Beteiligung der Frauen an Herrschaft erreicht werden soll. Wenn Barbara Steininger oder Birgit Sauer² in Texten, die wir alle zu genüge aus dem einen oder anderen Grundkurs kennen, etwa die Repräsentanz von Frauen im österreichischen

politischen System untersuchen, dann zeigt dies treffend, wie androzentristische Herrschaft organisiert ist. Einzig, aus dieser Erkenntnis eines von Männern und ursprünglich für Männer geschaffenen Herrschaftssystems den „emanzipatorischen“ Anspruch abzuleiten, an diesem System teilhaben zu wollen, stellt keinen emanzipatorischen Anspruch dar. Denn an der Organisation des österreichischen politischen Systems (das sich wie jeder Nationalstaat



durch Feindbilder konstituiert und per definitionem exklusiv ist) und der kapitalistisch verfassten Gesellschaft (in der es um die Akkumulation von Profit, nicht um die Bedürfnisbefriedigung von Menschen geht) mitzuwirken, ist nicht emanzipativ.

Allerdings darf man hier nicht den Fehler begehen, der klassisch marxistischen Hauptwiderspruch/Nebenwiderspruch-These aufzusitzen, laut welcher zuerst das kapitalistische System zerschlagen werden soll und dann werde sich die Geschlechterproblematik von selbst lösen. Die Thematisierung der Geschlechterdifferenzen und das Aufbegehren der Frauen dürfen nicht solcherart untergeordnet werden, aber sie müssen in den breiteren Kontext umfassender Herrschaftskritik eingebettet werden, wollen sie ihrem Anspruch gerecht werden. Und genau dies

geschieht leider vielfach nicht. Wenn beispielsweise Sieglinde Rosenberger bei ihrer Analyse der Frauenpolitik der Schwarz-Blauen Regierung³ zu dem Resümee kommt, es „fehlt eine Politik, die die kontinuierliche, diskriminierungsfreie Erwerbsarbeit von Frauen unterstützt“⁴, dann trifft dies freilich auf die konservative Frauenpolitik dieser Regierung zu, die darauf bedacht war, Frauen in der Mutterrolle zu fixieren. Natürlich stellt es einen emanzipatorischen Fortschritt dar, wenn Frauen nicht länger rein im Privaten vertreten sind, sondern auch an der Öffentlichkeit teilhaben und nicht auf die Ernährungsfunktion ihres Mannes angewiesen sind – und in der real existierenden Gesellschaft bedeutet die Öffentlichkeit nun mal auch Herrschaft, so viel ist klar. Der herrschende Diskurs über das Geschlechterverhältnis bleibt jedoch gerade in Österreich sehr stark im Rahmen staatlicher Frauenpolitik verhaftet, ohne Gesellschaftskritik und die Analyse herrschender struktureller Zwänge als den Reflexionshintergrund jeden Kampfes um die „Gleichberechtigung“ von Frauen mitzudenken. Das soll aber nicht heißen, dass – da die Einrichtung einer menschenwürdigen Gesellschaft nicht gerade vor der Tür steht – man Geschlechterfragen auf unbestimmte Zeit verschieben müsse.

Auf der anderen Seite steht es um die real existierende Emanzipation von Frauen auch nicht gerade bestens. Obwohl man in punkto Frauenrechte zumindest in der westlichen Welt weiter ist als jemals zuvor, steht man doch vor einem toten Punkt – während man die Rechte gerade erst hart erkämpft hat, droht schon wieder die Regression. Frauenunterdrückende Weltbilder werden salonfähig, wenn man sie nur richtig kulturalistisch erklären kann und Frauen sind heute von ihrer Befreiung mindestens so weit entfernt wie vor hundert Jahren. Adorno schreibt dazu schon 1945:

„So steht es um die Frauenfrage. In der Tat ist sie durch die Auflösung der ‚männlich‘-liberalen Konkurrenzwirtschaft, durch den Anteil der Frauen am

► Fortsetzung von Seite 11

Angestelltentum, in dem sie so selbständig sind wie die unselbständigen Männer, durch die Entzauberung der Familie und die Lockerung der Sexualtabus an der Oberfläche nicht mehr ‚akut‘. Zugleich aber hat der Fortbestand der traditionellen Gesellschaft die Emanzipation der Frau verbogen. (...) In der Zulassung der Frauen zu allen möglichen überwachten Tätigkeiten verbirgt sich die Fortdauer ihrer Entmenschlichung. Sie bleiben im Großbetrieb, was sie in der Familie waren, Objekte.“⁵

Auch wenn die heutige Gesellschaft nicht mehr als patriarchal zu bezeichnen ist⁶, ist sie – und die Politik allemal – ein Erbe dieser. Die Zerstörung der traditionellen bürgerlichen Familie, das Eindringen der Frauen in die Sphäre der Öffentlichkeit hat aber keinen fundamentalen Wandel dieser erzwungen. Die bis dahin rein männliche Sphäre blieb erhalten – unter Teilhabe der Frauen.

„Dort, wo sie human zu sein vorgibt, züchtet die männliche Gesellschaft in den Frauen souverän ihr eigenes Korrektiv und zeigt sich durch die Beschränkung als unerbittlicher Meister. Der weibliche Charakter ist ein Ab-

druck des Positivs der Herrschaft.“⁷

Statt von einer Gleichberechtigung oder Gleichwertigkeit (auch so ein schreckliches Vokabular, das die in ihm enthaltene Logik des Äquivalententausches buchstäblich von sich gibt) von Mann und Frau, egal ob in der Politik,



der Ökonomie, im Privaten oder sonst wo, müsste man also von einer gleichen Befreiung beiderlei Geschlechts sprechen. Obwohl eine verbesserte Begriffswahl noch keine Besserung der Realität bedeutet, würde eine geschärfte Begrifflichkeit doch klarer das zu Erreichende vor Augen führen und eventuell eine

bessere Reflexionsmöglichkeit schaffen, auch wenn es zu dieser Hoffnung wenig Anlass gibt. ★

1 Vgl. u.a. Steininger, Barbara: Frauen im Regierungssystem. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006

2 Vgl. Sauer, Birgit: Die Asche des Souveräns, Wien 2001, S. 269-282

3 Vgl. Rosenberger, Sieglinde: Die Geschlechterpolitik der Wende. In: Kurswechsel 1/2001

4 Ebd., S.36

5 Adorno, Theodor W.: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt a.M. 2003, S. 103f

6 Wenn FeministInnen auch heute noch vom „Patriarchat“ sprechen, so stellt dies eine unzulässige Verkürzung dar, da die kapitalistische Gesellschaft im Gegensatz zu persönlichen, feudalen Herrschaftsverhältnissen durch strukturelle, unpersönliche Herrschaft gekennzeichnet ist. Der Begriff „Patriarchat“ ist somit nicht zur Beantwortung der Frage geeignet, warum in einer Art „sekundärer Archaisierung“ wieder zielsicher Frauen benachteiligt werden, wenn es darum geht, wer besser und wer schlechter verdient, bzw. welche Arbeitskräfte als erste entlassen werden.

7 Ebd., S.107

ÖH-Wahlen

22.-24.5.2007

Alle zwei Jahre finden in Österreich HochschülerInnenschaftswahlen statt, dieses Jahr vom 22.-24.5. Die ÖVP/FPÖ-Regierung schaffte mit dem Universitätsgesetz 2002 (UG 02) nicht nur die Mitspracherechte der Studierenden ab, sondern griff 2004 die ÖH auch mit einem geänderten HochschülerInnenschaftsgesetz (HSG 04) in ihrer Struktur an. Durch eine Änderung der Wahlmodalitäten wurden die Chancen rechter ÖH-Fraktionen, im Besonderen der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft (AG), auf den ÖH-Vorsitz bedeutend erhöht. Wurde bis zu den Wahlen 2003 auf allen vier Ebenen der ÖH gewählt, so können nach der HSG-Novelle nur mehr die Universitäts- und die Studienvertretung direkt gewählt werden. Bundes- und Fakultätsvertretung werden nun mittels eines komplizierten Entsendungssystems beschickt. Dass dieser eher plumpe Versuch, eine rechte und daher regierungskonforme ÖH zu ermöglichen, dann doch nicht funktionierte, zeigt sich an dem Wahlergebnis der ÖH-Wahlen von 2005, als sich aufgrund der Ergebnisse an den einzelnen Unis trotz gesetzlicher Hürden erneut eine linke Bundesver-

tretung der ÖH durchsetzen konnte. Die Tatsache, dass die SPÖ/ÖVP-Regierung diesen demokratie- und bildungspolitischen Wahnsinn, einschließlich der Studiengebühren, nicht zurückgenommen hat, spricht Bände.

Ende Mai wählt ihr also (wo genau, geben wir noch bescheid; StudentInnenausweis nicht vergessen) aus Fraktionen wie AG, Gras, KSV Linke Liste, LSF, RFS oder VSSStÖ eure Universitätsvertretung. Auf Studienebene herrscht hingegen Personenwahlrecht, d.h. Ihr kreuzt die Namen von fünf KandidatInnen an. In der noch laufenden Legislaturperiode haben bei allen Studienvertretungen auf den ehemaligen Human- und Sozialwissenschaftlichen und Geisteswissenschaftlichen Fakultäten unabhängige Basisgruppen oder Institutsgruppen die Mehrheit der Mandate. Seit jedoch nur mehr zwei ÖH-Ebenen gewählt werden, versuchen diverse Fraktionen immer häufiger, auf Institutebene Fuß zu fassen. Vor dem Wahllokal informieren euch Flugblätter darüber, welche KandidatInnen zu welcher Gruppe oder Fraktion gehören.

Staatsfeminismus oder Feminismus gegen den Staat?

Die bolivarianische „Revolution“ in Venezuela und ihre Nebenwidersprüche

Mit Schlagwörtern wie „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bietet der venezolanische Präsident Hugo Chávez eine Projektionsfläche für viele Linke. Zu den zahlreichen Ambivalenzen, die dabei oft übersehen werden, gehört der altbekannte „Nebenwiderspruch“: Die Frage nach der Frauenbefreiung, die sich in der „neuen Gesellschaft“ angeblich von alleine beantwortet. Wie steht es konkret um feministische Anliegen in Venezuela?

Ob in Venezuela von einer organisierten Frauenbewegung gesprochen werden kann, oder ob es sich eher um „Frauen in Bewegung“ handelt, ist unter den Protagonistinnen selbst umstritten. In Venezuela gibt es einerseits viele Frauen, die über ihr Interesse an feministischen Themen politisch aktiv und organisiert sind. Andererseits ist ein großer Teil der politisch aktiven Frauen in (bolivarianischen) Strukturen verfangen, die sich meist wenig mit feministischen Belangen auseinandersetzen. Dennoch lassen sich gemeinsame Forderungen finden, und ihre Präsenz im politischen Alltag sowie die Errungenschaften zeugen davon, dass es eine Frauenbewegung gibt, die alles andere als untätig ist. In der Frauenbewegung spiegelt sich jene Polarisierung zwischen Chávez-AnhängerInnen und -KritikerInnen wider, die die Venezuelas Gesellschaft seit geraumer Zeit kennzeichnet. Die gemeinsame Arbeit stellt somit eine der wenigen Brücken zwischen Chavistinnen und nicht-chavistischen sowie oppositionellen Frauen dar.¹

Staatsfeminismus oder...

Staatliche Programme mit dem Ziel, den Machismus und Sexismus zu bekämpfen oder die Stellung der Frau in der Gesellschaft zu verbessern, halten sich in Grenzen. Die Situation von Frauen hat sich laut Elida Aponte, Leiterin einer feministischen NGO, „immer verbessert, und das unabhängig von den jeweiligen Regierungen. Es sind die Kämpfe der Frauen und ihre konstante Kritik an jeder Regierung, die zu Veränderungen führen.“ So hat es beispielsweise das *Instituto Nacional de la Mujer* (Nationales Fraueninstitut, INAMUJER), das heute die staatliche Frauenpolitik repräsentiert, in anderer Form bereits vor Chávez gegeben. Vormalig als *Consejo Nacional de la Mujer* (Nationaler Frauenrat) bekannt, stellt diese Institution eine wichtige Fraueneinrichtung dar und leistet fortschrittliche Arbeit. Zu ihren Aufgabenberei-

chen gehört u.a. die Notrufnummer „0800-Mujer“, die weiblichen Opfern von Gewalt psychologische und juristische Hilfe, Beratung sowie Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stellt. Ausgeweitet hat sich seit Chávez' Amtsantritt die Gründung von Basisgruppen (Puntos de encuentro) des INAMUJER im ganzen Land. Laut Angaben desselben gibt es über 17.000 Grup-



pen, in denen angeblich 177.000 Frauen organisiert sind. Die Basisgruppen sind eine Anlaufstelle für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind und haben es sich zur Aufgabe gemacht, in Form von Workshops über Sexualität, Gesundheit usw. aufzuklären, und die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung von Frauen durchzusetzen. Über ihren Erfolg lässt sich wenig sagen, sie sollen auf jeden Fall zur Vernetzung anregen und Frauenvertreterinnen in lokalen Mitsprachegremien (*consejos comunales*) integrieren.

...Feminismus gegen den Staat?

Den Bestrebungen seitens des Instituts und der Regierung, INAMUJER in ein Frauenministerium umzuwandeln, stehen viele Feministinnen

kritisch gegenüber. Sie erkennen zwar die damit verbundenen zusätzlichen Möglichkeiten an, befürchten jedoch, dass dieser Schritt eine vollkommene Anpassung an die Regierungslinie bedeuten würde. Zugleich befürworten viele Männer in wichtigen Positionen ein Frauenministerium nur unter der Bedingung, dass es auch ein Männerministerium gibt – sonst würden die Männer benachteiligt.

Ein mangelndes feministisches Bewusstsein weisen aber nicht nur Männer, sondern auch viele der Frauen auf, die bei chavistischen Frauenbüros arbeiten. Feministische Debatten sind oft nur jenen Frauen bekannt, die aus der Frauenbewegung kommen und erst durch ihre Begeisterung für den Chavismus in den Institutionen gelandet sind. Diese Frauen machen jedoch eher die Minderheit aus. So kann es durchaus sein, dass andere Vertreterinnen der Institutionen mit katholisch geprägten Argumenten gegen das Recht auf Abtreibung auftreten. Oder sie schreiben Genesungswünsche an Fidel Castro, statt die chavistische Vereinnahmung von frauenpolitischen Veranstaltungen zu kritisieren. So ist es immer Chávez, der zu den Demonstrationen am Internationalen Frauentag aufruft und dort – wie auch bei anderen frauenpolitischen Anlässen – Reden hält. Die meisten der in den staatlichen Institutionen tätigen Frauen befürworten diese Aktivitäten. Das zeigt etwa die Tatsache, dass zu den Publikationen des INAMUJER ein Buch mit dem Titel „An die venezolanische Frau: Sieben Diskurse des Präsidenten der bolivarianischen Republik Hugo Chávez“ gehört.

Schutz für (Haus-)Männer

Zur Instrumentalisierung von frauenpolitischen Themen kam es auch beim „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November 2006. An dem Tag wurde ein Gesetz beschlossen, das Frauen das Recht auf ein gewaltfreies Leben² garantieren soll. Obwohl Feministinnen aus allen politischen

► Fortsetzung von Seite 13

Lagern das Gesetz mitgestaltet hatten, nahmen viele regierungsunabhängige Frauen nicht am offiziellen Festakt teil, der im Anschluss an die außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung zum Beschluss des Gesetzes in Caracas stattfand. Sie behielten Recht mit der Vermutung, dass weniger das Gesetz als Chávez gefeiert werden würde, was sie sich ersparen wollten. Das neue Gesetz stellt zweifellos eine große Errungenschaft dar, weil es Verfassungscharakter hat und 19 Typen von Gewalt anerkennt, zu denen auch mediale, symbolische und institutionelle gehören. Bereits das vorherige, vor der Regierung Chávez entstandene Gesetz, das Frauen und Familie als Opfer von Gewalt rechtlichen Schutz gewährleisten sollte, war für den Zeitpunkt seines Entstehens fortschrittlich gewesen.³ Doch das neue Gesetz musste erst hart erkämpft werden. 2003 versuchte der chavistische Generalstaatsanwalt Rodríguez Díaz, einige Artikel des alten Gesetzes für verfassungswidrig zu erklären. Er vertrat die Meinung, dass die im Artikel 39 verankerten Schutzmaßnahmen für Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden waren, die Bewegungsfreiheit und das Recht auf Privateigentum des Mannes einschränken würden. Es sah vor, dass sich der Täter dem Arbeitsplatz der betroffenen Frau nicht nähern durfte und dass im Falle eines gemeinsamen Wohnsitzes der Mann das Haus verlassen musste. Die Argumentation des Generalstaatsanwalts zielte darauf ab, die Rechte der Täter vor jene der Opfer zu stellen, woraufhin er heftigen Protest der Frauenbewegung erntete. Die Debatte zog sich bis Ostern 2006 hin, als er sich dazu durchringen konnte, sich für sein Verhalten zu entschuldigen. Die Initiative und Durchsetzung des neuen Gesetzes ist folglich mehr auf den anhaltenden Einsatz der Frauenbewegung als auf die chavistische Politik zurückzuführen, wobei es natürlich bei der Nationalversammlung lag, es zu beschließen.

Eine Frage der Verfassung

Ein weiteres Beispiel für frauenpolitische Anliegen, die erst gegen Widerstände der Regierung durchgesetzt werden mussten, ist die bolivarianische Verfassung von 1999. Es ist vor allem dem Insistieren von Viki Ferrara zu verdanken, dass sie in geschlechtergerechter Sprache geschrieben wurde.

Als Vertreterin des Nationalen Frauenrats brachte Ferrara in der Verfassungskommission die Notwendigkeit der Repräsentation von Frauen in der Sprache als Diskussionsthema ein und setzte sie trotz Unverständnis in dem männlich dominierten Gremium durch. Wenngleich von einer gänzlichen Geschlechtsneutralität der Sprache in der Verfassung keine Rede sein kann, da Männer bei der Erwähnung beider Geschlechter als „Männer und Frauen“ weiterhin an erster Stelle stehen, war es dennoch ein bedeutender Schritt, Frauen überhaupt zu erwähnen.

Auch der Artikel 76 über Mutterschaft⁴ wurde in erster Linie von Frau-



en gegenüber dem Gedankengut reaktionärer KatholikInnen verteidigt. Es war keine Selbstverständlichkeit für die sich als links verstehende Chávez-Regierung, das Leben von Frauen eher zu schützen als befruchtete Eizellen. Nicht durchgesetzt werden konnte eine Erweiterung der Definition von Ehe, die nicht nur die Partnerschaft von einer Frau und einem Mann anerkennt. Lediglich die Anerkennung der Hausfrauenarbeit samt dem Recht auf Versicherung und Pension wurde relativ problemlos durchgesetzt. Die Integration des Begriffs „Hausmann“ in den betreffenden Absatz stieß jedoch auf Ablehnung. Bezeichnend ist auch, dass

Viki Ferrara in der Druckversion der Verfassung einmal als „Vizepräsident“ ihrer Kommission bezeichnet und ein andermal ganz vergessen wurde.

Themen wie Abtreibung, die in Venezuela immer noch illegal ist, zeigen jedoch, dass auch die Gesetzeslage in wesentlichen Punkten nicht frauenfreundlich ist. Der freiwillige Abbruch der Schwangerschaft, wie viele Feministinnen Abtreibung bezeichnen, ist laut venezolanischem Strafgesetzbuch nur erlaubt, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist, wobei die betroffene Frau noch immer die schriftliche Einverständniserklärung ihres Ehemanns oder ihrer gesetzlichen Vertretung vorweisen muss. Bestraft wird Abtreibung mit sechs bis 24 Monaten Gefängnis für die abtreibende Frau, von 12 bis 30 Monaten für die Person, die die Abtreibung durchführt.⁵

Die so genannte revolutionäre Regierung Venezuelas ist folglich weit davon entfernt, sich um grundlegende Veränderungen von gesellschaftlichen Phänomenen wie Sexismus, Machismus oder der strukturellen Benachteiligung von Frauen zu bemühen. Statt das eigene (männliche) Frauenbild zu ändern, wird Frauen vorgeschlagen, ihr Selbstbild zu überdenken und sich wie die großen „Heldinnen der Heimat“ in den „revolutionären Prozess“ zu integrieren. So sind es in erster Linie die Teilerfolge der Frauenbewegung, die eine wirkliche Verbesserung für Venezuelas Frauen bedeuten. ★

Webseiten zum Thema:

www.misionesbolivarianas.gob.ve/misiones
www.ucv.ve./cem/
www.inamujer.gob.ve/

Eine ausführlichere Version des Artikels kann in der I3zw, Nr. 299 nachgelesen werden.

1 Differenziert werden muss zwischen regierungskritischen Frauen und jenen, die tatsächlich die bürgerliche bis rechte Opposition der jetzigen Regierung ausmachen. Nicht jede Chávez-Kritikerin ist auch Anhängerin der Opposition.

2 Ley Orgánica Sobre el Derecho de las Mujeres a una Vida Libre de Violencia

3 Geändert hat sich im neuen Gesetz u.a. die von Feministinnen viel geforderte Trennung von Frauen und Familie, die Erweiterung der anerkannten Gewalttypen und die vorgesehenen Schulungen für PsychologInnen, ÄrztInnen, AnwaltInnen, LehrerInnen etc., um zur Durchführbarkeit des Gesetzes beizutragen.

4 Der Artikel gehört zum Kapitel V über die sozialen Rechte und Familien. In den feministischen Debatten wurde die Definition von Mutterschaft diskutiert, bzw. ab wann der Staat diese für „schützenswert“ erklärt. In der Verfassung heißt es jetzt, die Mutterschaft sei „im Allgemeinen“ (und folglich nicht immer, so die Errungenschaft) ab dem Moment der Zeugung zu schützen. Außerdem konnte durchgesetzt werden, dass die Eltern selbst über die Anzahl ihrer Kinder entscheiden können und frei über die und Mittel bestimmen dürfen, die ihnen dieses Recht gewährleisten.

5 Vgl. <http://www.gloobal.info/iepala/gloobal/fichas/ficha.php?id=2244&entidad=Noticias&html=1>, 1.4.2007

Was Sie schon immer über Kulturindustrie wissen wollten aber nie zu fragen wagten – Oder zumindest einiges davon

Kulturindustrie ist das Thema unserer Veranstaltungsreihe in diesem Semester. Auch, oder gerade weil die Reihe schon begonnen hat, lohnen ein paar einführende Überlegungen darüber, was denn dort verhandelt wird. Dabei soll zunächst ein verbreitetes Missverständnis darüber ausgeräumt werden, worum es bei dem Begriff Kulturindustrie überhaupt geht.

Über das, was oft als Massenkultur bezeichnet wird, heute etwas zu sagen fällt schwer, schließlich gibt es eine Fülle von Deutungen dieses Phänomens. Die einen sehen in der bestehenden Kultur durch Funk, Fernsehen und Neckermannreisen eine Demokratisierung im Gange, die „durchreglementierte Ordnungen und festgezurte Verhaltensmuster gelockert [habe] oder gar umgekehrt in Urlaub und Reise, in spontaner Verausgabung bei Tanz und

in Film und Radio ihren maßgeblichen Ausdruck findet.“ Aufklärung bestehe dabei „vor allem in dem Kalkül der Wirkung und der Technik von Herstellung und Verbreitung; ihrem eigentlichen Gehalt nach erschöpft sich die Ideologie in der Vergötzung des Daseienden und der Macht, von der die Technik kontrolliert wird.“² Es findet bei der Kulturindustrie also eine Verkehrung von Mittel und Zweck statt: Der Gehalt eines Werks wird zweitrangig, die

zigsten der hygienische Fabrikraum durch Einschmelzen alles Kulturellen im gigantischen Tiegel erkaufte. Das wäre vielleicht nicht einmal ein so hoher Preis, wie jene Verteidiger der Kultur glauben, trüge nicht der Ausverkauf der Kultur dazu bei, die ökonomischen Errungenschaften in ihr Gegenteil zu verkehren.“⁴ Also gerade nicht ein Naserümpfen über die niedere Massenkultur ist es, worum es geht, sondern um die Einsicht, dass die Kulturindustrie



Sport, in Grenzerfahrung, Grenzüberschreitung und kollektivem Rausch.“¹ Hier wird der Ballermann zum Hort der Aufklärung und naiv wird das allgemeine Sangriabesäufnis zur befreienden Handlung hochstilisiert. Die anderen wollen darin durch die Brille einer platten Konsumkritik und des Kulturkonservatismus sehen, dass mit dieser Massenkultur keine echten Werte vermittelt, sondern nur Oberflächliches, und – so die national angehauchte Version des Ganzen – überhaupt nur dem amerikanischen Kulturimperialismus Vorschub geleistet würde.

Gegen diese beiden Deutungen des Phänomens gilt es, den Begriff der Kulturindustrie abzugrenzen. Der Begriff wurde von Horkheimer und Adorno in ihrem Werk „Dialektik der Aufklärung“ geprägt. Die Kulturindustrie ist also im Kontext einer Gesellschaftskritik zu sehen, die die Aufklärung über ihre eigenen Konsequenzen aufklären will, um sie vor der Selbstzerstörung zu retten. Im Vorwort schreiben Horkheimer und Adorno über den Abschnitt Kulturindustrie, er zeige „die Regression der Aufklärung an der Ideologie, die

Mittel, diesen Gehalt darzustellen, seien es die erwähnten technischen Mittel oder der Stil, rücken in den Vordergrund. Der Untergang des autonomen Kunstwerks, eines Gebildes, das für sich selbst bestehen kann, wird also kritisiert.

Diese Kritik wird Horkheimer und Adorno immer wieder vorgehalten. Das sei alles bloßer bildungsbürgerlicher Dünkel, der sich vor plebejischen Massen ekle: „For both critics [gemeint sind Adorno und Greenberg], mass culture remains the other of modernism, the specter that haunts it, the threat against which high art has to shore up its terrain.“³ Einmal abgesehen davon, dass die strikte Trennung von Modernität und Massenkultur bei den Autoren der „Dialektik der Aufklärung“ so nicht vorhanden ist: Auch die Hochkultur wird bei ihnen nicht auf ein Podest gesetzt: „Nicht um die Konservierung der Vergangenheit, sondern um die Einlösung vergangener Hoffnungen ist es zu tun. (...) War die respektable Bildung bis zum neunzehnten Jahrhundert ein Privileg, bezahlt mit gesteigertem Leiden der Bildungslosen, so ist im zwan-

mit dem autonomen Kunstwerk auch die Möglichkeit aus der Welt schafft, die Menschen könnten autonom handeln. Nicht gegen die Massen per se richtet sich die Kritik, sondern dass die Menschen durch die Kulturindustrie erst zu solchen gemacht werden.

Genau deshalb entschieden sich die Autoren auch für den Begriff Kulturindustrie und gegen den der Massenkultur, der in frühen Entwürfen noch benutzt wurde. Denn dieser suggeriere, wie Adorno später schrieb, „die Deutung (...), die den Anwälten der Sache genehm ist: dass es sich um etwas wie spontan aus den Massen selbst aufsteigende Kultur handle, um die gegenwärtige Gestalt von Volkskunst.“⁵ Dagegen hält er fest, dass die so genannte niedere Kunst genauso wie die frühere höhere Kunst gemeinsam von der Kulturindustrie zu beider Schaden verschlungen werden: „Die hohe wird durch die Spekulation auf den Effekt um ihren Ernst gebracht; die niedrige durch ihre zivilisatorische Bändigung um das ungebärdig Widerstehende, das ihr innewohnte, solange die gesellschaftliche Kontrolle nicht total war.“⁶ Die Kritik der Kulturindus-

► Fortsetzung von Seite 15

trie will also nicht die hohe Kunst retten und die niedere verbieten, sondern untersuchen, was mit dem Individuum und dessen Räumen zur Reflexion von gesellschaftlichen Zwängen, die die Kunst bildete, in der spätkapitalistischen Gesellschaft passiert. Das blenden die vorgelblichen Verteidiger der Massen, die bloß Unterhaltung wollten, aus, im Gegenteil unterstützen sie unter der Hand das Bild von Massen, die dumm sind und einfach nichts anderes sehen und hören wollten. Die Kritische Theorie erscheint aus dieser Perspektive als spaßfeindliche Spielverderberin, die den Menschen überhaupt nichts gönnt. Dagegen finden sich immer wieder Stellen, in denen leichte Kunst und das Amüsement verteidigt werden, allerdings auch gezeigt wird, warum wirkliche Unterhaltung in der bestehenden Gesellschaft nicht möglich ist: „Nicht also dass die Kulturindustrie Amusement aufwartet, macht den Betrug aus, sondern dass sie durch geschäftstüchtige Befangenheit in den ideologischen Clichés der sich selbst liquidierenden Kultur den Spaß verdirbt. (...) Sie lässt das Sinnlose drunten so radikal verschwinden wie oben den Sinn der Kunstwerke.“⁷ Gegen dieses Einspannen von Sinn und Amüsement zu gesellschaftskonformen Zwecken wenden sich Adorno und Horkheimer schon im Untertitel des Kulturindustriekapitels, welcher „Aufklärung als Massenbetrug“ lautet. Dieser Betrug besteht darin, dass mit den rationellen

Mitteln der Aufklärung die Regression des Individuums unterstützt wird, dass die Menschen als in der Kulturindustrie als Quotenbeschaffer und Konsument, also als Objekt gelten. Der Begriff der Manipulation taucht dabei immer wieder auf, dieser ist aber nicht verschwörungstheoretisch mit einzelnen Sonderinteressen verbunden, sondern mit dem System, das die Kulturindustrie bildet, als ganzem. Denn, wie Adorno es an anderer Stelle beschreibt: „Herrschaft wandert in die Menschen ein. Sie müssen nicht, wie Liberale kraft ihrer Marktvorstellungen zu denken geneigt sind, ‚beeinflusst‘ werden. Die Massenkultur macht sie bloß immer nochmals so, wie sie unterm Systemzwang ohnehin schon sind, kontrolliert die Lücken, (...) stellt ihnen Modelle zur Imitation bereit.“⁸

Die Gesellschaft, die die instrumentelle Vernunft hervorbringt, also eine Form der Vernunft, die die Mittel rational zu einem irrationalen Zweck benutzt, verkehrt die zunehmende Beherrschung der ersten Natur, also der Natur im herkömmlichen Sinn, durch die Menschen, in eine Beherrschung der Menschen durch eine „zweite Natur“, die gesellschaftlich gemacht ist, und sich hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzt. Adorno resümiert das so: „Der Gesamteffekt der Kulturindustrie ist der einer Anti-Aufklärung; in ihr wird (...) Aufklärung, nämlich die fortschreitende technische Naturbeherrschung zum Massenbetrug, zum

Mittel der Fesselung des Bewußtseins. Sie verhindert die Bildung autonomer, selbständiger, bewußt urteilender und sich entscheidender Individuen. Dies aber wären die Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft, die nur in Mündigen sich erhalten und entfalten kann.“⁹ Die Methoden dieser Anti-Aufklärung wollen studiert sein, will man ihnen widerstehen. Genau darum geht es in der Veranstaltungsreihe (siehe S. 18). ★

1 Maase, Kaspar: Apokalyptiker, Integrierte und Historiker, in: Ders.: Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850 – 1970, Frankfurt a. M. 1997, S. 37

2 Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften Band 5, Frankfurt a. M. 1987, S. 22

3 Huyssen, Andreas: Mass Culture as Woman: Modernism's Other, in: Ders.: After the Great Divide. Modernism, Mass Culture, Postmodernism, Hampshire and London 1988, S. 56

4 DdA, S. 21

5 Adorno, Theodor W.: Résumé über Kulturindustrie, in: Ders.: Kulturkritik und Gesellschaft I, GS 10.1, Frankfurt a. M. 1997, S. 337

6 Ebd.

7 DdA, S. 168f

8 Adorno, Theodor W.: Reflexionen zur Klassentheorie, in: Ders.: Soziologische Schriften I, GS 8, Frankfurt a. M. 1997, S. 390

9 Résumé, S. 345

Und führe uns nicht in Versuchung... Zum Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft im Vorabendprogramm

Immer wieder stößt man beim Herumzappen im Vorabendprogramm auf eine Familienserie, die vor allem eines im Sinn hat: Im Hinblick auf den jenseitigen Himmel das diesseitige Leben zur Hölle zu machen.

Dementsprechend auch der Titel: „Seventh Heaven“ oder auf Deutsch „Eine himmlische Familie“. Der Name ist Programm. Alles, was im Entferntesten mit irdischen Genüssen zu tun hat, ist nach streng puritanischer Moral verpönt. Das ständig wiederkehrende Motto lautet: Der Feind steckt im eigenen Körper. Was für ein Glück, dass es die Familie gibt, noch dazu mit einem Pfarrer als Oberhaupt derselben, die verspricht, Abhilfe im Kampf gegen das eigene Selbst zu leisten. Die Familie ist der totalitäre Kleinstaat im Staate und

jener sorgt dafür, dass letzterer liberal bleiben kann. Die erschreckende Wahrheit an Karl Kraus' Einsicht, das „Fami-



lienleben“ sei „ein Eingriff ins Privatleben“, wird vor Augen geführt. Denn um das Familienglück im Pfarrershaushalt zu schaffen und zu erhalten ist jedes Mittel gegen das Individuum recht; besonders beliebt ist die permanente gegenseitige Denunziation. Alles, jede noch so kleine Verfehlung (und von denen gibt es, gemessen an den vollkommen übertriebenen moralischen Ansprüchen sonder Zahl) gibt Anlass dazu. Dabei geht es nicht nur darum, unangemessenes Verhalten zu sanktionieren, sondern vor allem um die Internalisie-

► rung der moralischen Standards. Wenn einer der Teenager schließlich unter elterlichem und geschwisterlichem Druck einknickt und das Lustprinzip ad acta legt, wird das zur Einsicht hochstilisiert. Damit ist er dann auch für die nächste Versuchung gerüstet, bei der es dann keiner elterlichen Intervention mehr bedarf, um sich selbst zu geißeln. Dementsprechend sind Kontakte zum anderen Geschlecht, Modefragen oder, wenn es schlimm kommt, das erste Bier Fragen, die das Gewissen der Aufwachsenden ständig quälen. Ziel ist es, die selffulfilling prophecy, dass Lust immer etwas mit Schuld zu tun hat und deshalb abzulehnen ist, immer und immer wieder zu bestätigen. Im Grunde ist die Serie eine einzige Propagandaveranstaltung für das asketische, sich selbst kontrollierende Individuum, das Strafbefürfnis und Zweckzusammenhang mit Liebe verwechselt.

Ein erheiternder Kontrapunkt zu diesem Trauerspiel, das sich als Unterhaltung ausgibt, ist die Serie „Malcolm in the Middle“ („Malcolm mittendrin“). Sie bedient sich einer alten Erzählfigur, die sie etwas modifiziert. Das Motiv des Schelmenromans, in seiner klassischen Version, spricht über die Gesellschaft aus der Perspektive eines dummen Außenseiters und legt ihre Mechanismen dadurch offen. Malcolm, der hochbegabte dritte Sohn einer sechs- bzw. später siebenköpfigen Familie aus der amerikanischen unteren Mittelschicht übernimmt in der Serie diese Rolle; al-

erdings unter anderen Vorzeichen. Er steht gerade wegen seiner Intelligenz als Außenseiter da, der allem nur Sarkasmus entgegenbringt. Will er diesen zurückhalten, schlägt ihm das auf den Magen und er spuckt Blut, wie in einer



Folge zu sehen ist. Dieser Blick auf die Gesellschaft lässt viel Platz für Reflexionen über die Mechanismen sozialer Kontrolle, die auf ihn und seine Familie einwirken. Denn seine Familie ist vor allem eines: asozial. Das Familienphoto gleicht dem der Belegschaft eines Tollhauses: Zunächst der infantile Vater, der seine Arbeit hasst und sich manisch und ohne Rücksicht auf Verluste in jede Spinnerei stürzt, sei es Automaten-tanzen oder sich eine Dampfwalze zu mieten, um alle möglichen (und unmöglichen) Gegenstände platt zu walzen. Dann die autoritäre Mutter, die umso strenger wird, je mehr ihr die Situation aus der Hand gleitet und die so ständig zwischen beinhardtem Durchsetzungsvermögen und Nervenzusammenbruch hin- und herpendelt. Hier der älteste

Bruder Francis, der klassische jugendliche Rebell, der keine Gelegenheit auslässt, sich mit Autoritäten anzulegen, sei es an der Militärakademie oder im harten Holzfällerkollektiv Alaskas. Dort der älter Bruder Reese, der am besten Wege ins Jugendgefängnis ist, schließlich der jüngere Bruder Dewey, der seine körperliche Unterlegenheit mit Trickreichtum auszugleichen versucht und musikalisches Talent besitzt, sowie Jamie, das Baby, das alle auf Trab hält. Alle Charaktere versprühen einen anarchistischen Charme, sie geben ihren Impulsen nach, obwohl, oder gerade weil das zu Ärger führt. Unter den Brüdern kommt zwar auch Denunziation vor, aber nur, wenn es dem eigenen Vorteil dient, prinzipiell wissen sie alle, dass die verbotenen Früchte die süßesten sind und genießen diese auch. Die Gesellschaft tritt den Individuen, anders als bei ihren eher jenseitigen Serienkollegen, als äußerer Zwang entgegen, den sie zu umgehen versuchen. Moral wird nur dann zum Thema, wenn es darum geht, ihre Widersprüchlichkeit und ihre Absurdität aufzuzeigen. Arbeit, soziale Hierarchien und Kontrolle der Sexualität werden somit satirisch aufgenommen und ihre gegen das Individuum gerichteten Anteile problematisiert. Gerade deshalb können in „Malcolm in the Middle“ auch grundlegende gesellschaftskritische Motive entdeckt werden, die in der Darstellung die Absurdität von manchen gesellschaftlichen Kontrollemechanismen aufzeigen. ★

8. Mai – Ein Fest der Befreiung

Beim Denkmal der Roten Armee am Schwarzenbergplatz, 18 Uhr

Am 8. Mai 2007 jährt sich zum 62. Mal die Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft. An diesem Tag feiern wir die Niederlage des deutschen Reiches, das Ende von Mord und Unterdrückung, die Befreiung der Gefangenen aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern – und trauern um die Ermordeten der Shoah. Ebenso trauern wir um die ermordeten Homosexuellen, Roma und Sinti, Euthanasie-Opfer, „Asozialen“ und politischen GegenerInnen des Nationalsozialismus. Am 8. Mai feiern wir dieje-

nigen und danken denjenigen, die diesem Treiben ein Ende setzten. Gleichzeitig bleibt aber das Entsetzen, dass die Niederlage der Nazis um so vieles zu spät erfolgte und dass essenzielle „Er-rungenschaften“ des NS bis heute weiterbestehen.

Nach den Reden von ZeitzeugInnen, dem Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde, Raimund Fastenbauer, sowie ExpertInnen wie Matthias Küntzel, folgen Speis, Trank und „Rus-sendisko“.

Veranstungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft

Kulturindustrie

Mittwochs um 19.30 im HS III im NIG

18.4.

Gerhard Scheit: Becketts *Endspiel* und *King of Queens* – Versuch, die Kulturindustrie zu verstehen

Bei Beckett sind die Eltern von Hamm gut in den Haushalt integriert, sie leben in den Mülltonnen, und hebt Hamm den Deckel ab, sagt er nur: „Seid ihr noch nicht zu Ende? Kommt ihr nie zu Ende?“

Die Kulturindustrie macht immer weiter: Der Vater von Carrie aus der US-Sitcom *King of Queens* haust im Keller, aus dem er wie von einer Mülldeponie vergangener Moden seine Pullover holt. Der Unterschied ist nur, dass jeder Mann, jede Frau, mit Doug und Carrie sich identifizieren kann, nicht aber mit Hamm und Clov. Für ständige Abwechslung im Immergleichen ist gesorgt, beim Pullover-Muster wie in den Beziehungskonflikten. Während das *Endspiel* die Deformationen vorführt, „die den Menschen von der Form ihrer Gesellschaft angetan werden“ (Adorno), üben die US-Sitcoms durch die Deformationen hindurch, die sie affirmieren, zivilisatorische Standards ein, wie sie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe kapitalistischer Warenproduktion jeweils möglich sind.



Diese Dialektik der Aufklärung kommt bei Adorno und Horkheimer merkwürdigerweise zu kurz. Dabei ist kein Jota ihrer Kritik an der Kulturindustrie zurückzunehmen und jede Deformation als solche zu denunzieren. Nur wäre zu fragen, ob nicht schon in der Formulierung des Begriffs der Frage des Staats zugunsten einer diffusen Vorstellung von Macht ausgewichen wird, und dadurch ungeklärt bleibt, auf welche Weise die Konsumenten der Kulturindustrie sich jeweils mit politischen Instanzen identifizieren; ob also nicht die Kritik des Staats auf dem

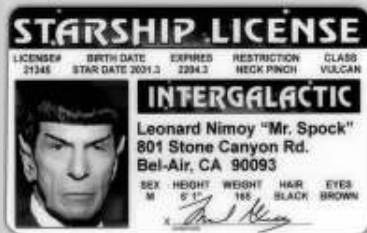
Gebiet der Kulturindustrie erst noch zu eröffnen wäre. Für die postnazistische Situation könnte das etwa heißen, Doug und Carrie aus Queens den deutschen Paaren gegenüberzustellen, die als *Tatort*-Ermittler in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs ihr Unwesen treiben.

Gerhard Scheit lebt als Autor und Publizist in Wien. Zuletzt erschien: „Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt“ (Freiburg 2004) und „Jargon der Demokratie. Über den neuen Behemoth“ (Freiburg 2006). Mitherausgeber der neuen Werkausgabe von Jean Améry (Stuttgart 2002ff.)

16.5.

Karin Lederer: „Hoffen? Sie halten doch die Hoffnung für einen menschlichen Fehler, Mr. Spock?“ – Dr. McCoy Vom utopischen Anspruch in der Science Fiction

Die Kulturindustrie erzeugt nicht nur falsches Bewusstsein, sondern liefert auch Alternativwelten, als scheinbar kritisches Beiwerk. Zum Beispiel das nach eigenen Angaben humanistische, tolerante, multikulturelle und fortschrittliche Star-Trek-Universum. Ist Star Trek Edel-Science-Fiction oder liberale Space Opera? Moralisierender „Gegendiskurs“ oder bürgerlicher Reformismus? Verkaufsgag der Kulturindustrie oder Distributionssozialismus? Seit über 40 Jahren will Star Trek mit seinen Serien und Filmen Aufklärung und Utopie betreiben. In der Aufklärung selbst – die nicht selbstreflexiv ist und die Bedingungen ihrer Möglichkeit in die Kritik mit einbezieht – ist das Moment der Barbarei jedoch immer schon mit angelegt. Und was die Utopie betrifft, muss festgestellt werden: je konkreter und konstruktiver sie sich geriert, umso mehr tendiert sie dazu, autoritär zu sein. Utopie ist nicht unbedingt Kritik an herrschenden Zuständen durch fiktives Idealbild, sondern oft Affirmation des Bestehenden. Kapitalismus, so verkündet die Science Fiction etwa meist, sei sozusagen die gesellschaftliche Form



der menschlichen Natur. Die Zukunft erscheint (in ihren positiven Varianten) als relativ konfliktfrei entstandenes „elektrifiziertes Schlaraffenland mit regem Wissenschaftsbetrieb“, bevölkert von oberflächlich bunten, folkloristischen Multi-Kulti-Männern, -Frauen und -Aliens.

Karin Lederer hat die Ferengi studiert. Sie lebt, liest und sieht fern. (www.korrektor.at)

6.6.

**Renate Göllner: Kulturindustrie und Geschlechterverhältnis –
Warum Desperate Housewives besser ist als Judith Butler und ich dennoch
dabei einschlafe**

Die amerikanische Feministin Judith Butler hat bekanntlich keinen Begriff davon, dass diese Gesellschaft im innersten aus den stummen Zwängen kapitalistischer Verwertung besteht und in letzter Instanz durch die Androhung von Gewalt zusammengehalten wird. Die *Desperate Housewives* hingegen, logische Fortsetzung von *Golden Girls* und *Sex and the City*, kommen um solche Erkenntnisse nicht so einfach herum. Bree, Gabrielle und all die anderen sind nicht in der günstigen



Lage, sich eine Identität nach der anderen auszusuchen, so als wären sie auf einer permanenten Faschingsparty namens Gender Troubles.

Sind sie auch bis in jede ihrer Fasern Clichés der Kulturindustrie, wie sie im Buch stehen, und zwar in der *Dialektik der Aufklärung*, so liegt der Witz der Serie in ihren beständigen, überraschenden Wandlungen. Und im Hintergrund bleibt stets die Gefahr an den bürgerlichen Verhältnissen zugrunde zugehen, denen sich allein die Freiheit verdankt.

Verkehrte Welt: an der Universität triumphiert im poststrukturalistischen Jargon die Kulturindustrie; im Fernsehen hingegen findet die Reflexion statt – freilich nur so weit sie in dieser Gesellschaft ohne Einbuße an Erfolg eben möglich ist.

Und während in Amerika die Housewives solchermaßen desperat werden, schickt man in Deutschland die Hausfrauen in die „Bräuteschule 1958“. Jedem Fernsehpublikum die Serie, die es verdient.

Renate Göllner lebt als Autorin in Wien. Publikationen: Kein Puppenheim – Genia Schwarzwald und die Emanzipation. Frankfurt 1999; Aufsätze zur Kritik der Individualpsychologie; arbeitet derzeit an einem Buch über „Schule und Verbrechen: Wien 1938“.

20.6.

**Tobias Ebbrecht (Berlin):
Hollywood zwischen Traummaschine und Feindbild**

Hollywood ist wieder zunehmend zum Synonym für „amerikanischen Kulturimperialismus“ geworden, obwohl sich gerade aus den Reihen der Schauspielstars der Traumfabrik die prominentesten Kritiker der gegenwärtigen US-Regierung rekrutieren. Seitdem der Filmstandort an der amerikanischen Westküste zum Zentrum der Filmproduktion wurde, gilt Hollywood als Anziehungspunkt und Feindbild gleichermaßen. Der Vortrag nähert sich über eine historische und stilistische Analyse des klassischen Hollywoodkinos der Aktualität der Kulturindustriekritik, wie sie vor allem die kritische Theorie entwickelt hat. Gefesselt vom „Stein der Stereotypie“ gilt der Schematismus von Hollywoodproduktionen als Ausdruck jener Bewusstseinsindustrie, als welche populäre Unterhaltung in Summe heute angesehen wird. Der Blick für die Brüche im scheinbar statischen Genrekonzent, die gerade durch die in der Massenkompatibilität des Systems angelegte Befriedigung der innerhalb der Unterhaltungsindustrie produzierten Bedürfnisse möglich werden, wird den selbsternannten Nachfolgern der Kulturkritik heute, die mehr vom antiamerikanischen Ressentiment als von kritischer Analyse motiviert sind, unmöglich. Doch das kritische Potential von Hollywoodfilmen entfaltetete sich vielmehr innerhalb des Genrerahmes (und auch innerhalb der Gesellschaft) im emphatischen Bezug auf das Individuum gegen das Kollektiv. An neueren, explizit politischen Hollywoodproduktionen soll gezeigt werden, wie dieses kritische Potential der Hollywoodästhetik in ihrer postmodernen Fortführung verschwindet und in Ressentiment umschlägt.



Tobias Ebbrecht ist Filmwissenschaftler und lehrt Filmgeschichte an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam. Er ist aktiv im Berliner Verein KINOGLAZ, der gesellschaftskritische Filmarbeit betreibt. Außerdem publiziert er zur Kritik deutscher Erinnerungskultur und zur Repräsentation von Holocaust und Nationalsozialismus im Film, u.a. in der Online-Zeitschrift „Die Jüdische“. Zuletzt ist von ihm ein Aufsatz in dem Sammelband „Zur Abwesenheit des Lagers“ (Verbrecher Verlag, 2006) erschienen.

MITTWOCHS 19:30 UHR, HS III, NIG

21.3. Eine kurze Einführung in den Begriff der Kulturindustrie oder: Warum es kein Zufall ist, dass Neonazis auf „Herr der Ringe“ und „Matrix“ stehen
(Florian Ruttner)

18.4. Becketts Endspiel und King of Queens - Versuch, die Kulturindustrie zu verstehen

(Gerhard Scheit)



16.5. „Hoffen? Sie halten doch die Hoffnung für einen menschlichen Fehler, Mr. Spock?“ – Dr. McCoy
Vom utopischen Anspruch in der Science Fiction
(Karin Lederer)

6.6. Kulturindustrie und Geschlechter-verhältnis – Warum *Desperate Housewives* besser ist als Judith Butler und ich dennoch dabei einschlafe
(Renate Göllner)

20.6. Hollywood zwischen Traummaschine und Feindbild
(Tobias Ebbrecht, Berlin)